

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 27.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 5. Juli 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg-Adresse: Textilarbeiterverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Das sozialdemokratische Verbrechen an der Krefelder Arbeiterschaft.

Das ist der Fluch der bösen Tat,
Daß sie fortzuehend Böses muß gebären.

I.

Der Fluch der bösen Tat zeigt sich in Krefeld. Hunderte von Färbern stehen vor den Fabriktoren. Sie suchen Arbeit und Verdienst. Aber die „famosen“ „Führung“ des „deutschen“ Verbandes hat sie um beides gebracht. Einige hundert Färber werden nie mehr in die Betriebe hineinkommen. Sie bleiben dauernd überflüssig. Das Unglück dieser Leute hat die Leitung des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter allein zu verantworten. Sorge, Not und Jammer lehren in zahlreiche Färberfamilien ein. Einige Arbeiter sitzen wegen schwerer Terrorismusvergehen im Gefängnis. Sie haben sich zu Gewalttätigkeiten hinreißen lassen, ohne daß die „mutigen“ „Männer“ von der „deutschen“ Leitung die Arbeiter gewarnt und das Unheil verhindert hätten. 17 Wochen hindurch ist sinn- und nutzlos gestreift worden. Die Führer waren entweder zu feige oder zu schlecht, um den Färbern zu sagen, daß ihre Sache verloren sei. Immer wieder redeten und schrieben sie von „durchhalten“ und von dem „unfehlbaren, nahen Siege der Färber“. Darum haben die Färber 17 Wochen hindurch gekämpft und geopfert, um ihr eigenes Unglück zu besiegeln. Die Erfolge der Tarifbewegung sind hin. Die sauer zusammengebrachten Gewerkschaftsgelder sind weg. Es ist bald eine Million. Die Berufsorganisation in den Färbereien ist zertrümmert. Die gewerkschaftliche Ehre vernichtet. Das ist der Fluch der bösen Tat.

Die Taktik des sozialdemokratischen Verbandes im Krefelder Kampfe ist ein Schulbeispiel von Verrathheit, Hilflosigkeit und Unaufrichtigkeit. Entweder ist die Leitung dieses Verbandes jeder gewerkschaftlichen Einsicht, jeder taktischen Klugheit und jedem Bewußtsein von der großen Pflicht und Verantwortung einer Gewerkschaftsleitung bar, oder aber sie verfügt über eine große Fülle gewerkschaftlicher Skrupellosigkeit und Gewissenlosigkeit. Was sie sich in Krefeld geleistet hat, kompromittiert nicht nur sie, sondern die ganze gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Färber hatten nach dreitägiger Dauer des Streiks einen Erfolg erzielt, der einen Abschluß der Bewegung in Ehren ermöglichte. Selbst eine Resolution des „deutschen“ Verbandes mußte anerkennen, daß „das Angebot der Unternehmer nicht unbeträchtlich“ sei. In einer Verhandlungssitzung zwischen Arbeiter- und Arbeitgebervertretern erhob sich der Beamte des „deutschen“ Verbandes und stützte dem Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes den Dank ab für die loyale Führung der Verhandlungen und das den Arbeitern gezeigte Entgegenkommen. Tatsächlich hat der Verband „deutscher“ Textilarbeiter noch niemals eine Bewegung von dem Umfange der Krefelder mit einem solchen Erfolge abgeschlossen, als ihn die Färber nach dreitägiger Streikdauer hätten haben können. Aber der Kampf sollte unter allen Umständen durchgeführt werden. Der „deutsche“ Verband provozierte die Aussperrung. Mehrere Radikalskis unter den Färbern hatten schon bei Beginn der Bewegung erklärt, wenn sie einmal aus den Betrieben wären, würden sie so leicht nicht mehr herein zu bekommen sein. Diesen Leuten ließ die „deutsche“ Verbandsleitung vollständig freie Hand. Herr Hübsch, der Zentralvorsitzende, erklärte wiederholt: Die Leute wollen so; laß sie. Wenn sie weiter streifen wollen, gut. So sieht die „gloriose“ „Führung“ des „deutschen“ Verbandes aus. Wir haben eine andere Auffassung von der Pflicht eines Verbandsvorsitzenden. Wir meinen, daß es die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit einer Verbandsleitung ist,

in großen Streikbewegungen das Heft in der Hand zu behalten und namentlich allen Radikalskis mit Entschiedenheit ihre Totengräberarbeit unmöglich zu machen. Ist denn der Vorsitzende eines Verbandes der Leiter oder die Großmutter der Bewegung?

Die „deutsche“ Verbandsleitung ließ sich die Führung den Händen entwenden. Sie dachte dabei, daß durch eine langwierige Aussperrung der christliche Textilarbeiterverband am meisten geschwächt werden könnte. Darum trieben Mitglieder und „Führer“ zur Aussperrung. Sie provozierten die Unternehmer. Sie verlangten die Bemilligung sämtlicher Forderungen, obwohl sie bei der Einleitung der Verhandlungen ihre Forderungen als eine Verständigungsbasis bezeichnet hatten. Eine Einladung unseres Verbandes, einen letzten Verständigungsversuch zu machen, wurde von dem „deutschen“ Verbandsbrüsk abgelehnt. Der Kampf sollte entscheiden. Die „deutsche“ Verbandsleitung entschied sich für den Kampf, obwohl der Lokalbeamte Bretschneider in einer Sitzung erklärte, daß durch die Aufnahme der Aussperrung ein wesentlicher Erfolg nicht mehr zu erzielen sei. Die Aussperrung kam. Sie wurde nach 14-tägiger Dauer infolge des Eingreifens unseres Verbandes aufgehoben. Unsere Mitglieder nahmen die Arbeit wieder auf. Der „deutsche“ Verband aber streifte durch.

Und nun schlug die Leitung des „deutschen“ Verbandes eine Taktik ein, so unbeschreiblich hilflos, unsinnig und unehrlieh, wie man es von der Spitze einer großen Arbeiterberufsorganisation nicht hätte erwarten sollen.

Zunächst begann eine wilde und ganz gemeine Hezke gegen unsere Organisation und deren Führung. Darin tat sich namentlich der „Textilarbeiter“ hervor. Was ihm an Verstand und Sachlichkeit der Gründe abging, ersetzte er durch die Rohheit der Sprache und die Blumpheit der Unwahrheiten. Mit ähnlichen Mitteln suchte man die Unternehmer — nachgiebig zu machen. Es stand von vornherein fest, daß die Arbeitgeber nichts mehr nachgeben würden, aber die Haltung der Leitung des „deutschen“ Verbandes und insb. des „Textilarbeiters“ war ganz danach angelegt, den Widerstand der Unternehmer zu stärken. Vor allem suchten die „Deutschen“ den Kampf als einen „Ehren- und Prinzipienkampf“ zu stempeln. Von der Unternehmerorganisation wurde das angenommen. Von beiden Parteien wurde der Kampf nur mehr als ein Ringen um das Prinzip, um die Ehre, um die Macht aufgefaßt. In diesem „Ehrenkampfe“ ist der Verband „deutscher“ Textilarbeiter gründlich unterlegen. Die Unternehmer versicherten sich gegenseitig die weitgehendste moralische und finanzielle Unterstützung. Die bestreikten Färbereibesitzer erhielten für jeden fehlenden Arbeiter drei Mark pro Tag ersetzt. Später trat die neugegründete Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände mit ihren Streikkassen für die Krefelder Färbereibesitzer ein. Hinzu kam, daß die Zahl der Arbeitswilligen von Woche zu Woche ganz erheblich wuchs. Bereits in der 7—8 Streikwoche waren weit über 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Färbereien beschäftigt. Die meisten Färbereien konnten ihren Betrieb wenigstens zu $\frac{2}{3}$ aufrechterhalten. Für jeden etwas einsichtigen Menschen lag es auf der Hand, daß die Sache der Färber verloren sei. Die letzte Aussicht auf Erfolg zerrann den betörten Arbeitern zwischen den Fingern. Mehrere sahen ein, daß sie von ihren sogenannten Führern schmähslich hintergangen wurden. Sie gingen in die Betriebe. Mehrere hundert Mitglieder des „deutschen“ Verbandes sind arbeitswillig geworden. Aber die Leitung hielt „durch“. Die Arbeiter wurden über den wahren Stand der Dinge hinweggetäuscht. Sie wurden direkt belogen. Wir werden das weiter unten beweisen.

So zog sich der Kampf wochenlang hin. Die famosen „Führer“ taten nichts, als verheerende Ver-

sammlungsreden halten und auf unseren Verband schimpfen. Damit hielt man die Färber so leidlich zusammen. Dann endlich befaß sich die „deutsche“ Verbandsleitung, daß anderwärts Streikarbeit gemacht werden könne. Die großen, ganz jämmerlich verkraften Sympathiebewegungen in In- und Auslande begannen. Man beachte die Verücktheit: Nachdem der Streik in Krefeld bald ein Vierteljahr währte und die Zahl der Arbeitswilligen $1\frac{1}{2}$ Tausend betrug, die Sache also so gut wie verloren war, da erst sollten durch große Sympathiebewegungen die Krefelder Unternehmer zum Nachgeben gezwungen werden. Die „deutsche“ Verbandsleitung griff in ihrer Verzweiflung zu einem verzweifelten Mittel: sie merkte in ihrer Kopflosigkeit gar nicht, daß sie die Arbeiter nur immer tiefer ins Unglück hineinzog und ihre eigene Niederlage um so gründlicher machte. Wir haben in den letzten Wochen nicht bloß mit den irreführenden Arbeitern Mitleid gehabt, sondern auch die „deutsche“ Verbandsleitung in ihrer grenzlosen Unbeholfenheit und Verlegenheit aufrichtig bedauert.

Zum Abschied eines alten Verbandsführers.

Kollege Jakob Besh-Krefeld ist auf Grund freiwilliger gegenseitiger Vereinbarung mit dem Zentralvorstand aus dem Kreise der Beamten unseres Verbandes ausgeschieden. Seine körperliche Verfassung, die ihm seit länger als Jahresfrist zu Klagen Anlaß gab und ihn mehrfach auf das Krankenlager warf, hat den Anstoß zu diesem Rücktritt gegeben.

Kollege Jakob Besh gehört zu den ältesten Pionieren der christlichen Gewerkschafts- bzw. Textilarbeiterbewegung. Wer ihn und seine Leistungen gerecht würdigen will, muß sich zurückversetzen in die Zeit der Gründungsjahre und der Sturmperiode unserer Organisationen. Mitte des letzten Jahrzehnts vor 1900 war die Agitation des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes speziell auch in der niederrheinischen Seidenmetropole Krefeld lebendiger geworden und nicht ohne Erfolg geblieben. Dazu kam (1898) die Gründung des „Niederrheinischen Weberverbandes“, einer angeblich politisch und religiös neutralen, in Wirklichkeit aber stark mit sozialistischen Tendenzen durchsetzten neuen Textilarbeiterorganisation. Mittlerweile war, gestützt auf die Weberfachabteilung des katholischen Arbeitervereins „Unitas“ zu Krefeld, auch der „Niederrheinische Verband christlicher Textilarbeiter“ ins Leben gerufen worden. Kollege Besh trat ihm sofort als Mitglied bei, und seitdem finden wir ihn häufig in den vordersten Reihen der Kämpfer für die christliche Gewerkschaftsidee. Er trat mit Energie und rednerischer Begabung sowohl den „Deutschen“ wie den „Weberverbändlern“ entgegen, er hat mehr als einmal in fruchtbar verlaufener Rieserversammlung den christlichen Gewerkschaftsgedanken mit Erfolg verteidigt.

Als im Januar 1899 der große Samtweberstreik in Krefeld ausbrach, erwies sich Jakob Besh aber auch als energischer Verfechter der Arbeiterinteressen. In unseren heutigen gewerkschaftlichen Verhältnissen, wo die Verbände festgefügt sind, über einen geschulten Stab von Beamten und namentlich auch über starke Kassen verfügen, kann man sich kaum ein Bild davon machen, was es für den kaum acht Monate alten, niederrheinischen Verband christlicher Textilarbeiter bedeutete, als er fast mittellos (2 Bfg. betrug der Wochenbeitrag) mit mehreren hundert Mitgliedern sich an diesem Kampfe beteiligen mußte. Allein, was an Geld fehlte, hat der Mut ersetzt müssen. Es wurde eine großzügige Sammelaktion in Rheinland-Westfalen eingeleitet, die in der ersten Zeit ausreichende Resultate aufwies. Auch Kollege Jakob Besh wurde einer dieser Reiseapostel, welche die Aufgabe übernommen hatten, das Unterstützungsgeld für die kämpfenden Brüder herbei zu schaffen. Als nach fast dreimonatiger Dauer des Kampfes der Vorstand des

christlichen Verbandes infolge der immer empfindlicher gewordenen finanziellen Bedrängnis vorschlug, den Unternehmern entgegen zu kommen, entstanden im Verbands-Differenzen, die um so nachteiliger wirkten, als sie von den gegnerischen Verbänden rücksichtslos ausgeschaltet wurden. Jakob Pesch schlug sich auf die Seite der „Opposition“ und wurde der Führer der Mehrheit der Mitglieder, die eine Fortsetzung des Kampfes unter allen Umständen verlangte. Und es wurde weiter gestreift, bis bald darauf eine allgemeine Einigung mit den Fabrikanten erfolgte.

Dann gab es eine stürmische Generalversammlung des Verbandes, und Kollege Pesch wurde mit Mehrheit an Stelle des bisherigen Verbandsvorsitzenden Peter Michels gewählt und bald darauf auch freigestellt. Seine Haupt Sorge war sofort auf die finanzielle Sanierung des Verbandes gerichtet; in einem Aufruf regte er im Namen des Vorstandes zu einem Extrabeitrag von 1 M. pro Mitglied an, später setzte er trotz großer Schwierigkeiten mehrmals eine Beitragserhöhung durch.

Kollege Jakob Pesch wurde 1899 gleichzeitig Redakteur des alle 14 Tage erscheinenden Verbandsorgans: „Der christliche Textilarbeiter“, bis im Herbst desselben Jahres ein gemeinsames Organ für die verschiedenen christlichen Textilarbeiterverbände Rheinlands und Westfalens geschaffen worden war. In den Verhandlungen der Delegierten dieser Verbände, welche die sogenannte „lose Zentrale“ bildeten, vertrat Jakob Pesch eifrig den Gedanken der Zentralisation, die dann auch am 1. April 1901 realisiert wurde. In den neu gebildeten Zentralvorstand trat Kollege Pesch als Vorsitzender des ersten Verbandsbezirks ein, er wurde nach Ablauf seiner Amtsperiode stets mit großer Mehrheit wiedergewählt, so daß er der Zentraleitung des Verbandes volle 12 Jahre angehört hat. In dieser Stellung hat er oft Gelegenheit gehabt, den Gang der Dinge im Verbands zu beeinflussen, und seine engeren Kollegen haben den Rat des erfahrenen Freundes stets gern entgegengenommen.

Kollege Pesch gehörte zu denen in der christlichen Arbeiterbewegung, die im Auge stehen, dem „linken Flügel“ anzugehören. Davon mag viel Wahres sein, stand er doch auch beispielsweise im Jahre 1900 inmitten derjenigen, die als entschiedene Anhänger der Neutralitätsidee galten. Diese grundsätzliche Stellung, die Jakob Pesch bei mancher Gelegenheit und in mehreren Fragen einnahm, ist nicht weiter verwunderlich; sie entstand naturgemäß aus seiner Veranlagung und auf Grund des Milieus der gesamten Kreisfelder Arbeiterbewegung.

Kollege Jakob Pesch hat zweifellos dem Verbands und der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung manchen wichtigen Dienst erwiesen; und es ist selbstverständlich, daß der Verband seinem alten Führer und Beamten auf Wunsch und auf Grund beiderseitigen Abkommens eine angemessene Abfindungssumme — an Stelle einer Pension — gegeben hat. Auch zählt der Verband die Beiträge an den Beamtenunterstützungsfonds für ihn weiter, damit, falls dauernde Invalidität ihn treffen oder Gott ihn von seiner Familie zu sich rufen sollte, in angemessener Weise Vorsorge getroffen ist. Wir aber wünschen dem Kollegen Jakob Pesch noch lange Jahre eine rüstige Gesundheit, Glück und Gottes reichsten Segen!

Zur Aussperrung im Bocholler Textilindustriebezirk.

Wie bereits in der vorigen Nummer mitgeteilt wurde, sind die Einigungsverhandlungen, welche am 21. Juni stattfanden, gescheitert. Im Laufe der vorigen Woche haben keine weiteren Verhandlungen stattgefunden. Vorigen Samstag betrug die Zahl der Aussperrten annähernd 6000. Mit dem 2. Juli läuft die Kündigung für den zuletzt gekündigten Teil der Arbeiterschaft ab, so daß dann die Zahl von ca. 6800 erreicht ist.

Die Fabrikanten stellen sich auf einen ablehnen den Standpunkt. Die Hauptstreitfrage des Kampfes ist die Lohnfrage. Es war nach Einreichung der Kündigung bei der Firma Cophmann Cohen u. Co. und der gleichzeitig angekündigten Aussperrung durch die Fabrikanten eine Eingabe an die Fabrikantenvereinigung gemacht worden, daß mit der Verhandlung über die Differenzen bei der Firma Cophmann Cohen u. Co. zugleich auch die Gesamtverhandlung über alle Betriebe verbunden werden möge.

Die Arbeitgeber wollen nur eine Regulierung der Löhne, während die Arbeiterschaft und unser Verband eine wirkliche Erhöhung der Löhne für unbedingt notwendig und auch für möglich halten.

Was heißt Regulierung der Löhne? Das ist ein außerordentlich behäbiger Begriff. Eine Regulierung der Löhne kann auch vorgenommen werden, ohne daß eine Erhöhung dabei herauskommt. Man muß sich hier die bisherige Stellungnahme der Fabrikanten-Vereinigung in der Lohnfrage vor Augen halten. Am 30. April beschloß dieselbe, daß in den Betrieben, wo eine größere Anzahl verheirateter Arbeiter nicht die „Bedienstetengläubigkeit“ von M. 20. — pro Woche habe, eine Aufbesserung Platz greifen solle.

Damit ist aber der Gesamtheit der Textilarbeiter nicht gedient. Als über die Lohnverhältnisse bei der Firma Cophmann Cohen u. Co. bereits länger verhandelt war, erklärte die Fabrikantenvereinigung die Löhne bei der Firma als „den Verhältnissen entsprechend“. Sept

erklärte die Fabrikantenvereinigung, daß sie die Löhne am 15. August regulieren wolle. Infolge der bisherigen Vorkommnisse und der immer unklar gebliebenen Stellungnahme der Arbeitgeber zur Lohnfrage konnte sich die Arbeiterschaft nicht auf den Einigungsvorschlag einlassen. Sie wünscht eine klare Stellungnahme. Wenn die Fabrikanten wirklich eine Erhöhung der Löhne beabsichtigen, so erscheint es doch selbstverständlich, daß diese Absicht auch positiv zum Ausdruck kommen muß.

Ein Vorschlag des Unparteiischen, der die Bereitwilligkeit ausdrückt, die Löhne am 15. August in angemessener Weise zu erhöhen, wurde, weil ebenfalls bezgl. der Löhne keine genauere und klarere Umgrenzung erfolgt war, abgelehnt. Die Fabrikantenvereinigung hat sich dem letzteren Vorschlag gegenüber ebenfalls ablehnend verhalten. In einer, anscheinend von Fabrikantenseite stammenden Notiz der „Rhein. Volkstz.“ vom 25. Juni wird erklärt, daß sich die Arbeitgeber bereit erklärt hätten, die Löhne den Verhältnissen entsprechend zu regeln. Wie aus dem ganzen bisherigen Verhalten der Arbeitgeber geschlossen werden muß, ist anscheinend der Standpunkt der Fabrikanten der, nur für einige Betriebe eine Erhöhung Platz greifen zu lassen, wobei denn die überprozentige Mehrzahl der Arbeiter leer ausgehen würde. Demgegenüber vertreten die Arbeiter den Standpunkt, daß zum wenigsten die Gesamtlohne in allen Betrieben eine Steigerung erfahren müssen. Sie erwarten in dieser Beziehung eine klare Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes.

Neuerdings kam aus Bocholler Arbeitgebertreibern der Einwand, daß die Arbeiter bzw. deren Vertreter eine generelle Lohnerhöhung — für jeden Arbeiter und für alle Warenqualitäten gleich viel — verlangt hätten; ein solches Verlangen sei bei der Verschiedenheit der Verhältnisse unangebracht und undurchführbar. Dazu ist zunächst zu sagen, daß es überall gewisse Verschiedenheiten gibt, die von selbst in der Verarbeitung der verschiedenen Waren, in verschiedenen Leistungen u. begründet liegen. Unter solchen Umständen ist eine generelle Lohnforderung nicht ohne weiteres ungerecht und undurchführbar. Mit solchen Einwänden kann man leicht auch ganz berechtigte Forderungen abtun. Andererseits ist es aber auch gar nicht zutreffend, daß die Arbeiter auf einer generellen Lohnerhöhung im Sinne der Darstellung der Fabrikanten bestanden. Die Arbeiter forderten eine prozentual einigermaßen umgrenzte Lohnerhöhung, die aber nicht für alle Waren und alle Arbeiterkategorien (z. B. Tagelöhner) gleich hoch zu sein brauchte, sondern nur grundsätzlich bzw. durchschnittlich einen bestimmten Prozentsatz erreichen sollte. Außerdem war vorgesehen, daß noch besondere Abweichungen mit den Arbeiterschüssen getroffen werden könnten. Für besonders gelagerte Fälle war sodann noch vorgeschlagen, die Angelegenheit einem „Schlichtsgericht“ zu unterbreiten. Die Arbeitgeber lehnten aber alle diesbezüglichen Vorschläge ab.

Die Arbeiter sind den Arbeitgebern weit entgegen gekommen. Allem Anscheine nach machen die Arbeitgeber die Lohnbewegung jetzt zu einer reinen Machtfrage. Für die Arbeiter ist die Bewegung im Grunde genommen nicht eine Machtfrage, sondern eine Frage der Gerechtigkeit. Kein gerecht denkender Mensch kann die Berechtigung der Forderungen der Arbeiter bestreiten. Die Notwendigkeit einer Verbesserung der Lage der Arbeiter wird in sämtlichen Bürgerkreisen anerkannt.

Die Arbeiter stehen in festerer Einigkeit und Geschlossenheit zusammen. Den Arbeitgebern ist es bis jetzt in nennenswertem Maße nicht gelungen, Arbeitswillige aus den Reihen der Aussperrten zu bekommen. Eine sehr große Anzahl Arbeiter hat Bocholl bereits verlassen und anderweitig Arbeit angenommen, größtenteils in anderen Betrieben. Bisher sind auch keinerlei Ruhestörungen u. dergl. vorgekommen. Eigene Ordnungsmannschaften sorgen für Ruhe und Ordnung. Die vorzügliche und lobenswerte Haltung der Arbeiter findet allseitige Anerkennung. Zu einem annehmbaren Frieden, der auch den Wünschen der Arbeiter gerecht wird, ist sowohl unser Verband wie die Arbeiterschaft jederzeit bereit, nicht aber zu einer Preisgabe der berechtigten Interessen der Arbeiter. Die Sache, die wir vertreten, ist gerecht. Unter diesem Gesichtspunkt wird der Kampf, weil die Arbeiter auf ihrem Standpunkt beharren, weitergeführt.

Der erste Kongress des Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen.

Der vom 22.—24. Juni im Städtischen Saalbau zu Essen stattgefundene erste Kongress des auf nationaler Grundlage beruhenden Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen muß als vollständig gelungen bezeichnet werden. Nicht bloß war die Beschäftigung durch die Krankenkassen aus allen Teilen des Reiches außerordentlich stark, auch die städtischen und staatlichen Behörden, sowie mehrere nationale Arbeiterberufsorganisationen hatten eine Vertretung entsandt, so daß die Tagung auch rein äußerlich einen der Bedeutung der Sache entsprechenden Eindruck erweckte.

Die Verhandlungen des Kongresses fanden durchaus auf der Höhe. Bezüglich der Wahl der Redner hatten die Delegierten eine sehr glänzende Hand gehabt. Die Referate legten von einer sehr gründlichen Sachkenntnis Zeugnis ab. Dasselbe ist von der Aussprache zu sagen, die sich den Referaten angeschlossen. Der Kongress hat gezeigt, daß der Gesamtverband deutscher Krankenkassen über eine Reihe sehr sachkundiger Männer verfügt, die die Gewähr dafür bieten, daß die Interessen der Krankenkassen und

der Versicherten in dem Gesamtverband sehr gut aufgehoben sind.

Die einleitenden Worte sprach Reichstagsabgeordneter Kollege Behrens, der der vaterländischen Erinnerungen des Jahres 1913 und namentlich mit Rücksicht auf das Regierungsjubiläum des Kaisers der großen Verdienste gedachte, die dieser sich um das deutsche Arbeiterversicherungsweesen erworben habe. Ein brausendes Hoch auf den Kaiser war der Schlusssakord der Rede des Kollegen Behrens.

Als Vertreter des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Innern begrüßte Geh. Regierungsrat Dr. Laß den Kongress; er wünschte den Verhandlungen einen guten Verlauf. Regierungsrat Dr. Happe begrüßte den Kongress namens des Reichsversicherungsamtes und seines Präsidenten. Namens des Ministers für Handel und Gewerbe, des Oberpräsidenten der Provinz und des Regierungspräsidenten teilte Geheimrat Pohle mit, daß die preussische Staatsregierung lebhaften Anteil nehme an den Arbeiten des Kongresses, zu deren erfolgreichem Gelingen er dem Verbands einen Glückwunsch zurufe. Ein besonders herzliches Willkommen entbot der Oberbürgermeister der Stadt Essen, Herr Hille, dem Kongress und seinen Teilnehmern.

Nach Erledigung dieser Formalitäten gab der Kongressvorsitzende, Kollege Behrens, einen kurzen Bericht über die Entwicklung des Verbandes. Der Verband solle alle Arten der Krankenkassen umfassen zur Förderung des Krankenkassenwesens: er habe sich auf den Boden des Gesetzes gestellt und wolle auf diesem Boden zum Nutzen der Krankenkassen wirken. Gleichzeitig habe er sich auf nationalen Boden gestellt, womit gesagt sein solle, daß der Verband fern vom Parteigetriebe zu wirken beabsichtige. Seine Arbeiten sollten nicht eine Tendenz haben, die von der einen oder anderen politischen Richtung ausgenutzt werden könne. Absolute Sachlichkeit und Unparteilichkeit solle die Arbeiten des Verbandes begleiten. Weil in der Vergangenheit nicht allenthalben diese Sachlichkeit und Unparteilichkeit vorhanden gewesen sei, habe sich der Verband gebildet. Bei der letzten Gesetzgebungsarbeit sei es auch von allen als ein Mangel empfunden worden, daß die Neuerungen, die aus der Krankenkassenpraxis herauskamen, nicht den wünschenswerten Eindruck auf die gesetzgebenden Faktoren auszuüben geeignet waren. Der Verband wolle den Krankenkassen, die ihm angegliedert seien, ein Berater und Helfer sein und auf die Gesetzgebung, die Regierung und die Behörden in erlaubter Weise einzuwirken versuchen und seine Wünsche, fern von allem Radikalismus, zum Ausdruck bringen. Die bisherige Verarbeit habe bereits den Erfolg des Anschlusses von nahezu 200 Krankenkassen mit 500 000 Mitgliedern gehabt, ein Erfolg, der bei den vorhandenen Schwierigkeiten die Erwartungen wesentlich übertraffen habe. Der fernere Erfolg des Verbandes werde auf der Mitarbeit und der Unterstützung der Krankenkassen, ihrer Vorstände und Beamten beruhen, um welche Mitarbeit und Unterstützung der Redner bat und dann besonders die Wichtigkeit des Verbandsorgans hervorhob.

In einem von großer Sachkenntnis zeugendem Referate sprach sodann Herr Stadtrat von Frankenberg-Braunschweig über das „Streitverfahren in der Krankenkassenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung“. Es wird sich später Gelegenheit bieten, auf die dem Kongress erstatteten Referate näher einzugehen. Diesem, mit großem Beifall aufgenommenem Vortrage folgte eine eingehende und interessante Diskussion, die noch mehr Fragen bezüglich des Streitverfahrens klärte.

Die Verhandlungen des zweiten Tages wurden eingeleitet mit einem glänzenden Referate des Herrn Justizrats Fuld-Mainz über das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten. In einer außerordentlich wirksamen Weise behandelte dieser bekannte Spezialist in Krankenkassenrechtsfragen sein Thema. Er behandelte die Frage so erschöpfend, daß von einer Diskussion Abstand genommen wurde. Der Kongress beauftragte jedoch den Vorstand des Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen, bei der Reichsregierung nochmals vorstellig zu werden, um eine Vermittlung in den Streitigkeiten zwischen Ärzten und Krankenkassen mit Hilfe des Gesamtverbandes anzubahnen.

Das Schlusreferat hielt Reichstagsabgeordneter Kollege Becker, und zwar über das Verhältnis der Krankenkassen zu den Kassenangestellten. Kollege Becker ist einer der besten Kenner unseres Arbeiterversicherungsweesens. Mit gewohnter Gründlichkeit und Sachlichkeit entledigte er sich seiner Aufgabe.

Nach Erledigung der Referate kam die zahnärztliche Versorgung der Krankenkassenmitglieder zur Sprache. Bekanntlich handelt es sich in dieser Frage in der Hauptsache um die Zulassung der Zahntechniker zu der Krankenpraxis. Die Reichsregierung hatte zum Zwecke einer gesetzlichen Regelung der Sache einige Vorschläge ausgearbeitet, in denen den Zahntechnikern unter bestimmten Voraussetzungen die Krankenkassenpraxis offen steht. Diese Vorschläge waren den einzelnen Krankenkassenverbänden zur Begutachtung übergeben worden. Der Kongress hatte nun eine Kommission eingesetzt, die die Vorschläge der Regierung prüfen sollte. Sie erstattete nunmehr Bericht über ihre Verhandlungen. Die Kommission hatte die Vorschläge der Regierung einmütig verworfen und neue Vorschläge ausgearbeitet, die die Zulassung der Zahntechniker wesentlich erleichtern. Nach einer kurzen Diskussion, in der besonders betont wurde, daß die Kassenmitglieder bei Zahnkrankheiten sich durchweg lieber von einem Dentisten als von einem Zahnarzte behandeln ließen, wurden die Kommissionsvorschläge mit einigen kleineren Änderungen angenommen.

Man erzieht schon aus dieser kurzen Uebersicht die Wichtigkeit der Kongressverhandlungen. Kollege Behrens hatte recht, als er in seinem Schlussworte betonte, daß der Gesamtverband deutscher Krankenkassen sich mit seinem ersten Kongress sehr gut in die Öffentlichkeit eingeführt

Textilarbeiter- und Arbeiterinnen Deutschlands! Der Färberstreit in Arefeld ist jämmerlich zusammengebrochen. Die sozialdemokratische Verbandsleitung hat den bedingungslosen Abbruch des Kampfes beschlossen. 17 Wochen hindurch ist sinn- und nutzlos gestreift worden. Ueber eine halbe Million Mark Gewerkschaftsgelder wurden buchstäblich in den Dreck geworfen. Mehrere hundert Färber bleiben auf der Strafe. Das ist der „Erfolg“ der „gloriosen“ Taktik des „deutschen“ Verbandes. Heraus aus dieser Organisation des Arbeiterverrates.

Sinein in den christlichen Textilarbeiterverband!

habe. Die Kongressdelegierten haben neue Anregungen für ihre praktische Wirksamkeit im Interesse der Versicherten mit auf den Weg bekommen. Aber darin liegt der Wert der Tagung nicht allein. Sie hat in der Öffentlichkeit weitgehende Beachtung gefunden und den Blick aller an der Krankenversicherung interessierten Kreise, der Behörden sowohl als auch des privaten Publikums, auf den Gesamtverband deutscher Krankenkassen gelenkt. Bei der Ausgestaltung unseres Krankentassenversicherungswesens wird der Gesamtverband deutscher Krankentassen als ein einflussreicher Faktor in bedeutendem Maße mit in Betracht kommen.

Die Volksversicherung.

Wesen und Aufgaben.

In den letzten Monaten ist sehr viel über die Frage der Volksversicherung geredet und geschrieben worden. Auch in den Kreisen der christlich-nationalen Arbeiterkassen wird seit Monaten diesem Gegenstand lebhaftes Interesse entgegengebracht. Mit dem 1. Juli d. J. tritt die Frage der Volksversicherung in Deutschland in ein neues Stadium. Während seither in der Hauptsache privatkapitalistische Lebensversicherungsgesellschaften die Volksversicherung betrieben, beginnen mit dem 1. Juli zwei neue Gesellschaften ihre Wirksamkeit, die auf gemeinnütziger Grundlage aufgebaut sind: die sozialdemokratische Volksfürsorge und die Volksversicherungsgesellschaft, die unter Mitwirkung der christlich-nationalen Arbeiterorganisation gebildet wurde. Es erscheint daher notwendig, einiges darüber zu sagen, was sich demnächst in der Frage der Volksversicherung abspielen wird.

Was versteht man unter Volksversicherung?

Die Bezeichnung Volksversicherung findet Anwendung auf die kleinen Lebensversicherungen, sofern sie unter 1500 Mark Versicherungssumme abgeschlossen sind. Diese kleinen Lebensversicherungen sind außerordentlich vielfältig. Man kennt 1. Versicherungen auf den Todesfall (Sterbegeldversicherung), 2. Versicherungen auf den Todes- und Lebensfall (die sogenannte gemischte Versicherung), bei welcher die Versicherungssumme beim Tode, spätestens aber beim Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer gezahlt werden muß, 3. Versicherungen mit festem Auszahlungstermin (Vorsorgeversicherung). Diese Versicherungsart wird in der Regel angewendet für ganz bestimmte Zwecke, z. B. um die erforderlichen Mittel, unabhängig von dem Leben des Versorgers oder Vaters für einen bestimmten Zeitpunkt, so bei der Schulentlassung, für den Militärdienst oder bei der Heirat der Kinder auf jeden Fall zur rechten Zeit bereit und sicher zu stellen. 4. Versicherungen für Kinder im Alter bis zu 14 Jahren; diese Versicherung soll den Eltern die rechtzeitige Bereitstellung der zur Ausbildung eines Sohnes oder zur Ausstattung einer Tochter erforderlichen Mittel ermöglichen, gleichzeitig sichern sie sich dadurch das vererbte Kapital für den Fall, daß das Kind vorzeitig stirbt. 5. Bei allen genannten Arten von Versicherungen sind sogenannte Zusatzversicherungen möglich, d. h. die Versicherten können über die regelmäßigen Beiträge hinaus ab und zu größere oder kleinere Beträge, die sie glauben erübrigen zu können, bei der Volksversicherung einzahlen. Durch diese freiwilligen Einzahlungen gestalten sie ihre Versicherung aus und erhöhen die Versicherungssumme. Ueber 1500 Mk. darf jedoch bei der Volksversicherung nicht gegangen werden.

Der Volksversicherungsgedanke ist bereits sehr weit verbreitet.

In Deutschland hat allerdings diese Art der Versicherung noch nicht den Umfang angenommen, wie z. B. in England und Amerika. In Amerika sind es bereits zwischen 50 und 60 Prozent und in England zwischen 30 und 40 Prozent der Bevölkerung, die der Volksversicherung angehören, während in Deutschland ca. 12-15 Prozent in Betracht kommen. Dieses erklärt sich dadurch, daß in Deutschland bereits seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts die soziale Arbeiterversicherung ihre segensreiche Wirksamkeit begann und den minder bemittelten Volksschichten nicht unerhebliche Summen bei Krankheit, Tod, Unfall und Invalidität zuführte. Nichtsdestoweniger gewinnt auch in Deutschland der Gedanke der Volksversicherung als wertvolle Ergänzung der Sozialversicherung in immer stärkerem Maße seine Anhänger aus den breiten Schichten unseres Volkes.

1912 liefen in Deutschland schon rund 8 1/2 Millionen Policen der Volksversicherung, die in der Hauptsache mit und von privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften abgeschlossen waren und die eine Versicherungssumme von mehr als 1 1/4 Milliarden Mk. umfaßten.

15 größere Versicherungsgesellschaften besaßen sich zurzeit mit den kleinen Lebensversicherungen. Davon haben aber allein die zwei größten Gesellschaften 6 1/2 Millionen von den 8 1/2 Millionen Volksversicherungspolicen abgeschlossen. Die Versicherungsgesellschaft „Viktoria“ Berlin hat nämlich 3 1/4 Millionen und die „Friedrich Wilhelm“ Berlin 2 1/4 Millionen solcher Policen. Die höchsten Zahlen von sämtlichen Versicherungsarten weisen die Kinderversicherungen, wie Schulentlassungs-, Militär- und Brautausstattungsversicherung auf.

Diese Versicherungen verfolgen nach mancherlei Richtung hin einen guten Zweck. Sie sehen das Mittel der Selbst-

hilfe, der rechtzeitigen Vorsorge anstelle des Bettelns und des Borgens aus Anlaß der hl. Kommunion, der Konfirmation und während der Militärzeit, sowie bei der Verheiratung der Kinder. Soweit ist also die Sache an sich ganz lobenswert, wenn nicht der Pseudofortschritt bei den privaten Versicherungsgesellschaften, insbesondere bei den beiden vorgenannten „Viktoria“ und „Friedrich Wilhelm“ dabei herauschaute. Diese Mißstände bei diesen Gesellschaften sind ganz enorme.

Nach den von Elmischen Angaben sind bei der „Viktoria“ in den letzten 8 Jahren rund 8 Millionen Mk. von eingezahlten Prämien verloren gegangen. 614953 Personen ließen in demselben Zeitraum ihre Versicherungen verfallen, trotzdem seit 1910 laut Reichsgesetz jede Polze in eine sogenannte beitragsfreie Polze umgewandelt werden kann. Bei der „Friedrich Wilhelm“ betragen die verfallenen Volksversicherungen sogar in den ersten 3 Jahren 75 Prozent. Von dem Gesamtgewinn der „Viktoria“, die neben der Volksversicherung ja auch noch das sogenannte „große“ Lebensversicherungsgeschäft betreibt, entfielen in den letzten 8 Jahren 225 Millionen Mk. auf die Volksversicherung oder 43 1/2 Prozent, bei der „Friedrich Wilhelm“ 14,2 Millionen Mk. oder 51 Prozent.

Nach von Elm erhielt der Direktor von der „Viktoria“ zuletzt jährlich 120 000 Mk. Gehalt und 2 Prozent vom Jahresgewinn; derselbe betrug 1910 3428686,21 Mk., demnach betrug das Gesamtgehalt des Direktors in demselben Jahre 805 733,72 Mk. und im Jahre 1912 847 731,33 Mk. Als Aktionärsdividende der „Viktoria“ gab von Elm 39 Prozent an, er wurde von der „Viktoria“ deshalb angegriffen und prüfte die Sache noch einmal nach. Hierbei machte er folgende Entdeckung. Jede Aktie der „Viktoria“ beträgt 3000 Mk., davon ist aber nur ein Fünftel, also 600 Mk. bar eingezahlt; die übrigen vier Fünftel, also 2400 Mk. werden den Aktionären vom Gewinn zugewahrt, infolgedessen betrug die Aktionärsdividende im Jahre 1911 nicht 13 Prozent, wie die „Viktoria“ behauptet, auch nicht 39 Prozent, wie von Elm zuerst behauptet hatte, sondern 65 Prozent.

Ueber die gesamte Geschäftsgebarung der Viktoria gibt nachstehende Tabelle näheren Aufschluß:

Jahr	Zantienmen		Zur Tilgung des von den Aktionären nicht bar eingezahlten Aktienkapitals	Zinsende an die Aktionäre im ganzen	Zins pro Aktie	Prozente der Versicherungssumme
	an den Vorjahr	an den Aufsichtsrat				
1904	335326,30	150000	400000	570000	285	47 1/2
1905	383288,16	150000	400000	600000	300	50
1906	301866,07	150000	400000	630000	315	52 1/2
1907	474626,17	150000	500000	660000	330	55
1908	521120,06	150000	600000	690000	345	57 1/2
1909	580576,64	150000	800000	720000	360	60
1910	634243,51	150000	500000	750000	375	62 1/2
1911	694234,30	150000	400000	780000	390	65
	4053651,21	1200000	4000000	5400000		

Bei der „Friedrich Wilhelm“ betrugen die Zantienmen:

	1908	1909	1910	1911
für den Aufsichtsrat	80 827	88 355	92 599	95 582
für den Vorstand	96 993	106 001	110 079	114 686
für sonstige Personen	24 248	26 500	27 719	28 672

Zusammen 202 068 220 886 230 997 238 930
Aktien der „Friedrich Wilhelm“ 4000 Stück à 1500 Mk. bis jechs Millionen Mark. Auf jede Aktie ist ein Viertel, 375 Mk. bar eingezahlt.

An Dividenden erhielten die Aktionäre der „Friedrich Wilhelm“:

1908: 510 000 Mk.	— 127,50 Mk.	für jede Aktie	— 31 Prozent
1909: 540 000 „	— 135,00 „	„	— 36 „
1910: 540 000 „	— 135,00 „	„	— 36 „
1911: 570 000 „	— 140,00 „	„	— 38 „

auf. 2 160 000 Mk.

Die Verwaltungskosten betragen bei der „Viktoria“ in den letzten acht Jahren bei großen Lebensversicherungen 10,6 Millionen Mk. oder 2,98 Prozent. Bei den Volksversicherungen hingegen 29,3 Millionen Mk. oder 6,43 Prozent. Bei der „Friedrich Wilhelm“ kamen bei großen Versicherungen auf Verwaltungskosten 7,52 Prozent, bei Volksversicherungen hingegen 13,89 Prozent.

Die Versicherungsnehmer haben also in den letzten acht Jahren ihren Nutznießern das kleine Summen von 14 Millionen 658 Tausend Mark und 21 Pfennig bezahlt.

Diese offensichtlichen Fehler und Mißstände, wie z. B. der zu große Verfall der Policen und die geradezu ausbeuterischen Praktiken, die der Volksversicherung im privatkapitalistischen Lager eigen sind, gaben der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Sozialdemokratie Anlaß, sich dem Volke als Retter in der Not zu zeigen und die rote „Volksfürsorge“ am 1. Juli d. J. einzuführen. Von der roten „Volksfürsorge“ und der auf gemeinnütziger und nationaler Grundlage beruhenden „Deutschen Volksversicherung A.-G. Berlin“ soll in einem nächsten Artikel geredet werden.

Allgemeine Rundschau.

Der Verband. Die deutschen Gewerkschaften bezeichnen ihre Organisationen mit dem treffenden Wort Verband. Damit kommt in bester Weise das zum Ausdruck, was dieser Art von Organisationen das besondere Merkmal verleiht. Man tritt in diesen Organisationen nicht bloß wie in so manchen anderen zu einem bestimmten vorübergehenden Zweck zusammen; man verbündet sich nicht nur, sondern verbindet sich auch und erzielt auf diese Weise jenen lebendigen Organismus, der sich als Glied eines größeren Organismus, nämlich der menschlichen und vor allen Dingen der staatlichen Gesellschaft befügt.

Zunächst wird eine Verbindung der Interessen eingegangen. Es ist das Eigentümliche der gewerkschaftlichen Organisationen, daß sie fast völlig den Gedanken daran haben zurücktreten lassen, daß im Grunde genommen auch die Arbeiter untereinander sich Konkurrenz bieten. Die ganz besonderen Interessen, die der einzelne Arbeiter hat, sind völlig in den Hintergrund getreten und haben sich den gemeinsamen Interessen aller Arbeiter untergeordnet. Auf diese Weise ist jene Verbindung zustande gekommen, deren auffälligstes und merkwürdigstes Gepräge die größte Einheitlichkeit ist: die Gewerkschaft, der Verband. Hierin liegt der größte Unterschied zu jenen Zeiten, wo der einzelne Arbeiter sich nicht anders helfen zu können glaubte, als indem er seinen Nachbar zur Erzielung eines Vorzweckes unterbot.

Es handelt sich dann ferner um eine Verbindung der Kräfte. Die schwache und fast lächerlich geringe Kraft, welche der einzelne Arbeiter unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen vertritt, wird zu einer starken Macht, wenn sie mit der gleich geringen Kraft der anderen verbunden wird. Aber nicht die Menschen als solche allein verbinden sich, sondern sie legen sich auch ihre finanziellen Kräfte zusammen, um sich gemeinschaftlich weiter zu helfen. Auf diesem Gebiet ist wiederum den deutschen Gewerkschaften eine beachtenswerte Besonderheit eigentümlich. In den romanischen Ländern bringt man es, wie der „Deutsche Arbeiter“ schreibt, in der Zentralisation der Finanzen meist nicht weiter als bis zur Bildung einer gemeinsamen Streikasse. In Frankreich gibt es sogar Organisationen, in denen der Einzelne auch nach erfolgter Beitragsleistung sich sein Recht auf genau denjenigen Beitrag vorbehält, den er selbst eingezahlt hat. Wie ganz anders ist es bei uns! Hier gibt der einzelne seinen Anspruch vollständig an die Gemeinschaft über, und nur auf diese Weise wird jene in wahrstem Sinne soziale Kräftigung und Stärkung erreicht, die uns ständig weiter bringt.

Es ist schließlich auch eine Verbindung der Ziele. Wiederum tritt das Streben des einzelnen in den Hintergrund, um sich einem einheitlichen Ziel völlig gemeinsamen Charakters unterzuordnen: dem Ziele der Hebung der gesamten Arbeiterklasse. In keiner anderen Vereinigung wird das Ziel so hoch gesteckt und so sehr auf die Gemeinschaft ausgedehnt wie gerade hier.

So hat auch schon die Bezeichnung Verband nicht bloß einen willkürlich gewählten Sinn, sondern eine große und vieltragende Bedeutung. Wenn wir von „unserem Verbande“ reden, dann sollte uns stets diese umfassende und vereinheitlichende Bedeutung des Wortes gegenwärtig sein. Damit haben wir in größter Kürze das ausgedrückt, was unseren Bestrebungen eigentümlich ist und was ihnen zugleich ihren höchsten Wert verleiht.

Wo stecken die Geßnungsstumpen? Mehrere bürgerliche Blätter und die ganze sozialdemokratische Presse wußten unlängst zu berichten, daß von Rom aus wieder eine Enzyklika gegen die christlichen Gewerkschaften geplant sei. Sie würde sich mit dem Streik beschäftigen und „den katholischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften das Streiken überhaupt verbieten“. Da diese Meldungen auf Wahrheit beruhen, bleibe dahingestellt. In gutinformierten katholischen Blättern sind sie ganz bestimmt abgestritten worden. Jedenfalls werden die christlichen Gewerkschaften und ihre katholischen Mitglieder sich unter keinen Umständen das Streikrecht nehmen lassen.

Die sozialdemokratische Presse leistet sich bei der Verbreitung der erfindenen Meldung wieder eine gründliche Gemeinheit. So schreibt die „Rheinische Zeitung“ vom 16. Juni im Anschluß an eine solche Notiz:

„Die Beamten der christlichen Gewerkschaften werden sich allen vatikanischen Anschlägen zum Trost in Brot und Stellung zu halten wissen.“

Die Worte können und sollen nur den Sinn haben, daß die christlichen Gewerkschaftsbeamten aus Angst um ihre Stellungen vor einer Preisgabe der Grundsätze ihrer

Bewegung und der Rechte ihrer Mitglieder nicht zurückschrecken würden. Eine solche Gesinnungslumperei sei ihnen zuzutrauen. Da leistet sich das Kölner Sozialblättchen eine Gemeinheit. Aber man sucht keinen hinter der Feste, wenn man nicht selbst dahinter gelassen hat. Gerade die „Rheinische Zeitung“ hätte alle Veranlassung, von solchen Dingen zu schweigen. Wenn sie unter ihren Gesinnungsgenossen Umschau halten würde, könnte sie mehr als einen finden, die ihre Stellung bei der „Partei des Proletariats“ recht gerne vertauschen möchten mit einem Posten bei einer Unternehmerorganisation.

Allzuviel ehelich meinnende Gesinnung haben wir bei einem großen Teil sozialdemokratischer Partei- oder Gewerkschaftsbeamten noch nicht gefunden.

Vom Splitter und Balken. In der „Sozialen Revue“ hat unlängst der Schriftleiter des „Münchener Arbeiters“ einen Artikel über die „internationale christliche Arbeiterbewegung“ veröffentlicht. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ nimmt ihn zum Anlaß, die christlichen Gewerkschaften in einer ganz fleghaften Weise zu verleumden. Ihre Kritik des Artikels gipfelt nämlich in folgender denunziatorischer Schlussfolgerung:

„Der Internationalismus der christlichen Gewerkschaften ist zwar ein bischen anders geformt als derjenige der Genossen, die das Wort „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ in ganz besonderer Art verwirklichen möchten, aber im Kern kommt die Sache ziemlich auf dasselbe hinaus. Auch hier wird die nationale, die vaterländische Idee zurückgedrängt und durch die Vorstellung einer allgemeinen internationalen Verbrüderung ersetzt.“

Dieser Kommentar ist ein weiterer Beweis dafür, wie die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ alles, was sie unter die Finger bekommt, mit dem Gifte ihrer Kritik- und Denunziationslust — denn worauf sonst sollen die platten Hinweise hinauslaufen? — zerlegt. Eine treffende Antwort erhielt das Blatt von dem Münchener „Arbeiter“ in Nr. 23:

„Dieser schöne vaterländische Augenaufschlag verliert sofort an Liebreiz, wenn wir uns die nächsterne Tatsache vor Augen halten, daß die Internationalität des Gewerkschaftsgedankens eben zu einem großen Teil in der Internationalität des Kapitals gelegen ist, das sich um vaterländische Gedanken sehr wenig kümmert, ja, bei Wehrbeiträgen, Steuerforderungen für „die vaterländische Idee“ usw. sogar manchmal das Reißfieber bekommt und sich recht international gebärdet, wenn es sich dabei ficherer fühlt.“

Und im besonderen ist zu bemerken, daß auch das Arbeitgebertum als Wirtschaftsorganisation von dem von der „Arbeitgeberzeitung“ plötzlich so verpönten „Internationalismus“ heftig angefaßt ist, was man im sechsten Band von Kulemanns Berufsvereine (Berlin 1913, Seite 323—332) unter dem Kapitel: „Die internationale Organisation der Arbeitgeber“ nachlesen mag, wozu noch

kommt, daß die christliche Arbeiterbewegung ihre internationalen Beziehungen vor aller Öffentlichkeit behandelt, während Kulemann (S. 332) konstatieren muß, daß er auf seine Anfrage bei der Union des Association internationalen in Brüssel die Nachricht erhielt, daß deren Bemühungen wegen Sammlung von Material keinen Erfolg gehabt hätten, da die Unternehmerorganisationen bestrebt seien, ihr Vorgehen vor der Öffentlichkeit zu verbergen und daß die betreffenden Anfragen meistens ohne Antwort geblieben seien.“

Ganz nebenbei bemerkt, haben wir auch noch den nicht unbegründeten Verdacht, daß der Verdruss der „Arbeitgeberzeitung“ über die „zurückgedrängte vaterländische Idee“ auf eine ganz leise Empfehlung der wirtschaftsriedlich-vaterländisch-gelben Arbeitervereine hinauslaufen soll, für die man sich in diesen Kreisen seit ein paar Jahren recht lebhaft an den Laden legt. Und bei dieser Werbearbeit um jeden Preis kann es allerdings unterlaufen, daß man über Balken hinwegsieht, während einem Splitter mächtiges Unbehagen bereiten. Denn mit Vernunftgründen läßt sich die Existenzberechtigung einer solchen „Bewegung“ nicht beweisen.“

Müssen Arbeitersekretäre als Rechtsvertreter an den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern zugelassen werden? Diese Frage wurde auf dem ersten Kongress des Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen von mehreren Delegierten gestellt. Ueber die Rechtslage herrschte keine allgemeine Klarheit. Bis her haben einzelne Schiedsgerichte Schwierigkeiten gemacht, wenn Arbeitersekretäre als Rechtsvertreter der Versicherten aufzutreten versuchten. In der Reichsversicherungsordnung ist nun diese Sache generell geregelt und der Willkür der einzelnen Gerichte entzogen. Heute müssen Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre, Volksbureauvorsteher oder ähnliche Personen als Rechtsvertreter der Versicherten an den Versicherungsämtern sowohl als auch an den Oberversicherungsämtern zugelassen werden, wenn sie einen entsprechenden Antrag stellen. Für die Versicherten entspringt aus dieser Bestimmung natürlich ein großer Vorteil. Mögen sie denselben überall gründlich ausnützen.

Erfolge gewerkschaftlicher Arbeit. Es ist unmöglich, die gesamten Erfolge gewerkschaftlicher Arbeit zahlenmäßig zu erfassen. Nicht einmal für die materiellen Erfolge ist das möglich. In den von den einzelnen Berufsverbänden alljährlich veröffentlichten Ziffern ist deshalb nur ein Teil der Gewinne enthalten, die die Mitglieder aus der Tätigkeit ihrer Berufsorganisation in dem betreffenden Jahre gezogen.

Ebenso veröffentlicht der christliche Holzarbeiterverband über seine Lohn- und Tarifbewegungen im Jahre

1912. Insgesamt war der Verband in dem Jahre an 173 Lohnbewegungen mit 4629 Mitgliedern beteiligt, von denen 113 mit 3800 Beteiligten friedlich erledigt wurden. In 60 Fällen mit 829 Beteiligten kam es zum Streik oder zur Aussperrung. Von den 113 friedlich erledigten Lohnbewegungen hatten 89 einen vollen Erfolg, 20 einen teilweisen Erfolg, während in 4 Fällen ein direkter Erfolg nicht zu verzeichnen war. Die 60 Arbeitseinstellungen, an denen der Verband beteiligt war, hatten folgendes Ergebnis:

	erfolgreich	teilweise	erfolglos
Angriffstreiks	24	12	5
Abwehrstreiks	3	6	3
Aussperrungen	2	4	1
	29	22	9

Von den 173 Lohnbewegungen und Streiks, an denen der Verband im Jahr 1912 beteiligt war, führten 87 zum Abschluß von Tarifverträgen.

Es ist von besonderem Interesse, zu wissen, in welchem Umfange und in welcher Weise die Mitglieder an den Erfolgen der Verbandsarbeit beteiligt sind.

An Lohnerhöhungen wurden erreicht:

Für	Mitglieder	M.	0,60	pro Woche
"	205	"	0,90	"
"	271	"	1,20	"
"	128	"	1,60	"
"	544	"	1,80	"
"	724	"	2,04	"
"	941	"	2,10—2,70	"
"	1023	"	3,00—3,42	"
"	312	"	3,00—4,20	"

zus. 4202 Mitglieder.

An Arbeitszeitverlängerungen sind zu verzeichnen:

Für	Mitglieder	1/2	Stunde wöchentlich
"	1407	"	1
"	793	"	2
"	35	"	2 1/2
"	660	"	3
"	44	"	4
"	74	"	6

zus. 3069 Mitglieder.

Am Jahreschlusse 1912 war der christliche Holzarbeiterverband an 238 Tarifverträgen mit 11414 Mitgliedern beteiligt, gegenüber 195 Tarifen mit 10148 Mitgliedern am Jahreschlusse 1911. Von den 87 im Jahre 1912 abgeschlossenen Tarifen sind 43 Neuabschlüsse mit 1069 Mitgliedern und 44 Erneuerungen bzw. Verlängerungen mit 2374 Mitgliedern.

„Das Jahr 1912 hat wiederum vielen Kollegen erhebliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch den Verband gebracht“, heißt es zum Schlusse in dem Bericht unseres Bruderverbandes. „Mögen alle Kollegen daraus die Nutzenwendung ziehen und durch eifrige Werbearbeit der Organisation immer neue Mitglieder zuführen. Je eifriger die Werbearbeit der Kollegen

Rationelles Weben von Satinketten.

Nachdruck verboten.

etc. Zum Herstellen von Satinketten ist es von Vorteil, gutes Baumwollgarn zu verwenden, da solche Ketten meistens eine hohe Fadeneinstellung haben. Gehten solche Ketten trotzdem beim Weben nicht gut, so kann der Grund dafür in der Vorbereitung liegen. Zunächst muß darauf geachtet werden, daß jeder Arbeiter, der mit der Kette zu tun hat, wie Kettengarnspuler, Scherer usw. nur Weberknoten macht oder der Barber-Knoten zur Anwendung kommt; denn die hocheingestellte Ware wird durch ein feines Blatt gewebt, durch welches Knoten mit langen Enden oder ein anderer Knoten nicht geht. Der betreffende falsche Knoten zerfällt meistens. Die Spindel an der Spulmaschine müssen alle gleichzeitig gebremst werden, damit nicht harte und weiche Spulen fertig werden, denn solche kann die Schermaschine nicht gleichmäßig verarbeiten. Der Scherer muß möglichst lose Fäden vermeiden und gerissene stets suchen und wieder knüpfen. Die Garne müssen mit einer passenden Schlichtflotte behandelt sein, was bereits im Strang oder auch in der Kette geschehen kann. Die Kette muß von der Schlichtflotte gut durchdrungen werden und einen geschmeidigen und glatten Charakter erhalten. Eine dünnflüssige und durchdringende Schlichtflotte erhält man u. a. bei Anwendung von Dinastator.

Bei der Fabrication hocheingestellter Waren verwerbt man vorteilhaft Stahldrahtgeschirre. Um bei fünfbindigem Satin sogenannte riefreife Ware zu vermeiden, zieht man die Fäden Schaft 3, 4, 5, 1, 2, pr. Rohr ins Blatt. Der Rieg ist also gebrochen. Von großer Bedeutung für gutes Laufen der Kette auf dem Webstuhl ist das sachgemäße und peinliche Aufbäumen. Ein guter Bäumer ist des Webers größter Freund. Oft entsteht beim Bäumen ungleichmäßige Spannung an den Rändern. Diesem Uebelstande abzuwehren, legt man Papierstreifen auf der inneren Seite ein. Das Einlegen von Garnenden unterlasse man, denn der Weber hat dann Plage, um fehlerhafte Stellen im Gewebe zu vermeiden. Werden die Leistenfäden beim Bäumen zu stramm angezogen, so plagen sie. Es muß dann durch einen leisen Einzug in das Blatt oder Bindung für eine geringere Einarbeitung der Randfäden Sorge getragen werden. Werden die Ränder zu locker gebannt, so werden sie von den Schußfäden zu sehr eingezogen, und es entsteht eine mangelhafte Leiste. Um ein gleichmäßiges Bäumen der Kette zu erreichen, müssen die Baumfäden genau im rechten Winkel zum Baum eingestellt sein; ferner ist darauf zu achten, daß die Ränder der Kette nicht zu sehr an den Baumfäden ablaufen. Zwischenräume an den Baumfäden sind natürlich ebenfalls zu vermeiden, um das Rollen

der Kette zu verhindern. Das Bäumen mittels Hand-scherrahmen angefertigter Ketten darf nicht derartig geschehen, daß der Bäumer die Kette durch die Hände gleiten läßt, weil dadurch ungleiche Spannung, also lockere und gespannte Stellen, in der Kette entstehen, sondern er muß Stück um Stück mit den Händen zurückgreifen und dann nachlassen, oder die Kette durch Quetschwalzen führen. Von Wichtigkeit ist es auch, die Schergänge richtig zu schränken.

Das zu den Leisten zu verwendende Garn soll fester sein, als das der übrigen Kette, am besten nimmt man Baumwollzwirn dazu. Außerdem sollen die äußeren beiden Leistenfäden stärker sein als die übrigen, weil sie am meisten Widerstand leisten müssen. Je breiter man die Leiste macht, um so schöner wird sie. Bei leichten Waren läßt sich jedoch das nicht tun, aus dem Grunde, weil man nicht soviel Fäden zur Verfügung hat. Die Leistenbindung soll etwas loser sein als die des Grundes. Für leichte Waren empfiehlt es sich, als Leistenbindung Leinwandbindung, für schwere Waren aber Körper oder Panama-bindung anzuwenden. Auf Schaftmaschinen kann man die Leistenfäden mit anhängen, hingegen ist es auf Erzenters-fühlen schwieriger, wenn die Leisten eine Bindung für sich haben sollen. Hat man in diesem Falle eine Ware mit fünfbindigem Schußatlas vor sich, so hilft man sich folgendermaßen. Zwischen dem ersten und zweiten und dem dritten und vierten Grundschäfte hängt man je einen Leistenfaden auf. Durch Schüre ist der vorbereitete Leisten-schaft mit dem ersten und zweiten Grundschäfte und der hintere Leistenfaden mit dem dritten, vierten und fünften Grundschäfte zu verbinden. Die Leistenfäden werden dadurch von den Grundschäften mit bewegt, und die Leiste erhält eine haltbare Bindung. Auf dem dritten oder fünften Schaft zieht man nun noch einen Fangfaden, damit der Faden des zweiten Schusses nicht bis zur Grundbindung zurückgezogen werden kann. Man kann dieselbe Leisten-bindung auch herstellen, indem man für die Leistenfäden eigene Rigen einknüpft, und nun die Fäden unter dem Streichbaum dem Geschirr zuführt. Durch Schaft 1 und 2 laufen alle ungeraden Fäden, während durch Schaft 3, 4 und 5 alle geraden Fäden gehen. Der Fangfaden kann in einer gewöhnlichen Weise auf dem 3. oder 5. Schaft gehen. Bei Erzentersfühlen kann man auch noch auf folgende Weise eine Leinwandleiste herstellen. Es werden zwei Leistenfäden vorgehängen und diese mit einem Leinwandzenter und einem Tritte bewegt. An den Geschirreihen werden auf die linke und auf die rechte Seite je eine Schürerolle befestigt. Ueber die Schürerolle geht vom Tritt aus eine zweiteilige Schüre nach dem einen Schaft. Den zweiten Schaft hängt man oben rechts und links an Federn und verbindet ihn unten durch zwei Rollen mit dem ersten Schaft. Bei Zwentrittsfählen

nimmt man statt des Erzenters einen Schußwächter-erzenters.

Eine dichtere Leiste als das Grundgewebe wird beim Räuben der Ware zerraut oder kann auf den Schermaschinen leicht zerschnitten werden. Beim Weben macht sich eine dichtere Leiste durch häufiges Reißen der Fäden unangenehm bemerkbar. Wird eine Ware mit dichteren Leisten im Stück gefärbt, so bilden sich Wulste. Die Leiste darf sich also im Bezuge ihrer Dichte von der Ware nicht unterscheiden, sie muß die gleiche Elastizität wie die Ware besitzen, denn durch die Ausdehnung wird die Kette in die Länge gehöhnt und die Leisten können plagen, wenn sie dichter gewebt werden. Beim Weben ist es von Vorteil, darauf zu achten, daß beim Entwurf des Schußens in den Rasten der Schußfäden nicht sofort zwischen Klemmbaden und Schützen festgehalten wird, weil dadurch ein zu starker Zug auf den zuletzt eingetragenen Schußfäden entsteht. Die Leiste zieht infolgedessen an und wird zackig. Das Leistengarn soll besonders glatt sein, damit der sich einwebende Schußfaden nicht hängen bleibt und keine Schlingen bildet. Von bedeutendem Einfluß auf die Produktion und das gute Aussehen der Gewebe ist die Qualität des Garnes. Die Qualität desselben läßt sich durch Reißproben feststellen. Baumwollgarn soll frei von Schalen sein. Der etwas höhere Preis eines guten Garnes stellt in keinem Verhältnis zu den Vorteilen, die beim ganzen Herstellungsprozeß der Ware herauspringen. Von großer Bedeutung für das gute Verarbeiten der Kette ist auch das Vorrichten des Webstuhles. Das Webfach darf nicht allzu groß sein und das Unterfach nur leicht auf der Ladebahn liegen. Damit die Reibung im Geschirr keine zu große wird, dürfen die Schäfte nicht zu stramm angeschnürt sein. Der Webstuhl muß einen ruhigen, gleichmäßigen Gang haben. Der Schußschlag muß leicht sein und zur rechten Zeit erfolgen. Das Blatt darf nicht schief liegen. Die Kettenpannung muß über die ganze Breite gleichmäßig sein. Um das zu lockere Ziehen des Schusses aus dem Schützen zu vermeiden, bringe man innerhalb des Schützens am Schützenauge ein Stückchen Samt oder Fell an. Das Fach soll nicht zu stramm geschnürt sein, damit die Helfen und Leistenhelfen mehr geschont werden. Die Breithalter müssen so eingestellt werden, daß genug Zug entsteht. Am vorteilhaftesten sind solche, die vor-, rück- und seitwärts verstellbar sind. Ferner muß das Schußgarn gut gespult werden. Die Knoten dürfen nicht auf die Fäden, sondern müssen auf die Mitte des Konus gelegt werden, damit der Faden beim Abwickeln kein Hindernis findet. Um die Kette auch im Hochsommer recht elastisch zu erhalten, füge man der Schlichte etwas mehr Talg oder Wachs zu als im Winter und trockne nach dem Schlichten nicht zu plötzlich bei mäßiger Hitze.

für den Verband ist, umso erfolgreicher kann derselbe auch in Zukunft die Interessen seiner Mitglieder wahrnehmen."

Evangelische Arbeiter und christliche Gewerkschaften. Um zu den neuerdings heftig entbrannten Kämpfen um die gewerkschaftliche Organisation der evangelischen Arbeiterschaft Stellung zu nehmen, waren auf Veranlassung des Essener Sekretariats des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften am 22. Juni im Kriegerheim zu Essen über 500 evangelische Arbeiter aus etwa 170 Orten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes versammelt.

Der Redner begründete ausführlich die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der Mitarbeit der evangelischen Arbeiter in den christlich-nationalen Gewerkschaften. Eine andere Gewerkschaftsrichtung komme für bewusst evangelische Arbeiter nicht in Frage. Ebenso notwendig wie die Mitarbeit in den christlichen Gewerkschaften sei aber auch die Betätigung in den konfessionellen Arbeitervereinen. Jeder evangelische christliche Gewerkschaftler müsse Mitglied eines evangelischen Arbeitervereins sein und durch praktische Mitarbeit seinen Einfluß geltend machen, damit die einzelnen Vereine im Sinne der wiederholt gefassten Beschlüsse geleitet würden, die eine Waffenbrüderschaft mit den christlichen Gewerkschaften und gegenseitige praktische Förderung befürworten. Das Hand-in-Hand-arbeiten beider Organisationen sei gegenwärtig umso wichtiger, als der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in den gelben Gewerkschaften ein neuer, unangenehmer Gegner entkeimend sei.

Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Die heute im Kriegerheim zu Essen tagende, von über 500 Personen besuchte Vertreterkonferenz evangelischer christlich-nationaler Arbeiter spricht dem rheinisch-westfälischen Verband evangelischer Arbeitervereine ihren Dank und Anerkennung aus für die tapfere Haltung gegenüber der gelben Bewegung.“

Die Vertreter geloben, dahin zu wirken, daß sich alle evangelischen Kollegen der christlich-nationalen Gewerkschaften den evangelischen Arbeitervereinen anschließen und letztere im Kampfe gegen die gelben Werbervereine aufs nachhaltigste unterstützen.

An die auf christlich-nationalem Boden stehenden evangelischen Berufskollegen richtet die Konferenz den Appell, sich, soweit es noch nicht geschehen ist, den christlich-nationalen Gewerkschaften anzuschließen, weil gegenüber der geschlossenen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung nur eine einheitliche, geschlossene christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung sich durchzusetzen und die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter wahrzunehmen vermag.

Die gelben Werbervereine können wegen ihrer Abhängigkeit und Unselbstständigkeit, aber auch aus sittlich-religiösen, sozialwirtschaftlichen und nationalen Gründen nicht als Interessenvertretung einer selbstbewußten und charakterfesten Arbeiterschaft angesehen werden.“

Zur Nachahmung dringend empfohlen. Unlängst hielt der Verband deutscher Schuh- und Schäftfabrikanten in Eisenach seine Jahresversammlung ab. Der Geschäftsbericht dieses Verbandes sticht in mehreren Punkten recht vornehm ab von den sonst für solche Organisationen üblichen Berichten.

Zunächst wird gefordert, daß bei Streitfällen mit den Arbeitern, bei dem das betr. Mitglied den Schutz des Verbandes in Anspruch nimmt, die Differenzen „auch einer objektiven Prüfung durch die dafür vorgesehenen Verhandlungsinstanzen unterzogen werden, denn das subjektive Empfinden oder Urteil der Betroffenen kann unmöglich für die Art des Austrages einer Streitfrage maßgebend sein, wenn für sie vielleicht andere Mitglieder in ihrer Gesamtheit ganz oder teilweise sich einzusetzen haben. Man kann und darf nicht Richter in eigener Sache sein.“

Der Bericht ist nicht gegen die Tarifverträge und auch nicht gegen die Zulassung von Vertretern der Arbeiterorganisationen bei Verhandlungen. Zwar stände das Recht der Entlassung von Beamten und Arbeitern ausschließlich dem Arbeitgeber zu, jedoch müsse in dem Zusammenhange gesagt werden, „daß Maßregelung von Vertrauensleuten der Organisationen nicht gebilligt werden könne, womit aber nicht gesagt sei, daß ein Vertrauensmann in einem Betrieb besondere Rechte in Anspruch nehmen könne. Derselbe müsse gerade seinen Kollegen mit gutem Beispiel vorangehen und dürfe sich keine Uebergriffe gegen seine Vorgesetzten erlauben, sonst habe er die Konsequenzen zu tragen.“ Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter sei seitens der Mitglieder zu respektieren. Eine Bekämpfung der Arbeiterorganisation oder eine Ablehnung von Verhandlungen mit derselben sei unstatthaft, wobei ausdrücklich hervorzuheben werden müsse, daß sich kein Mitglied für die Verhandlungen einen Organisationsbeamten, der nicht den erforderlichen Takt und die nötige Objektivität bei

den Verhandlungen zu wahren verstehe, aufzuzwingen lassen müsse. Es müsse protestiert werden gegen ver einzelt vorgekommene Ablehnung oder Beiseiteziehung der Vermittlungsinstanzen des Verbandes. Es sei zu verurteilen, daß Mitglieder wiederholt Verhandlungen zwischen den Verbandsinstanzen und den Arbeitervertretern abgelehnt hätten. Lohnforderungen sollten stets objektiv auf ihre Berechtigung hin geprüft werden, wie überhaupt auch alle Forderungen anderer Art. Lohnabzüge oder Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen würden nicht gebilligt.

In der Textilindustrie haben die Arbeitgeberorganisationen im allgemeinen eine solche Höhe sozialer Erkenntnis noch nicht zu erklimmen vermocht. Und wir können uns auch nicht zu dem Glauben ausschwingen, daß es bald geschehen werde.

Die Kinderarbeit nach den preussischen Gewerbeinspektionsberichten. Nach den soeben veröffentlichten Jahresberichten der preussischen Gewerbe- und Bergbehörden für 1912 waren in diesem Jahre in sämtlichen gewerblichen Betrieben mit 10 und mehr Arbeitern nur noch 3149, im Vorjahre 2921 Kinder unter 14 Jahren beschäftigt. Die größte Zahl der Kinder entfällt auf die Metallverarbeitung (669), die Textilindustrie (486) und die Anlagen zur Bearbeitung von Faserstoffen, Lumpen usw. (371).

In einzelnen Gebieten des Staates findet eine Beschäftigung von Kindern in den Fabriken nur ganz vereinzelt oder gar nicht statt, so in den östlichen Provinzen einschließlich Berlins, aber mit Ausnahme von Mittel- und Oberschlesien, in Schleswig-Holstein, im östlichen Hannover und in den Bezirken Minden und Erier. Die höchsten Zahlen weisen Düsseldorf (755), Arnberg (301), Wiesbaden (271) und Münster (247) auf. Dagegen besteht die Kinderarbeit auch in ihren schädlichsten Formen in der Hausindustrie, der Heimarbeit im Fein-gewerbe (Botendienste) und in der Landwirtschaft weiter. In Königsberg wurden

„Hunderte von Kindern, fremde wie eigene und zum Teil noch im jugendlichen Alter (von 6 Jahren an), schon in den frühesten Morgenstunden von 4 1/2 Uhr ab mit dem Austragen von Lebensmitteln und Zeitungen beschäftigt.“

543 Zuwiderhandlungen gegen das Kinderschutzgesetz wurden hier festgestellt. In der Grafschaft Olsch laut die Zahl der beschäftigten Kinder stetig von 1591 im Jahre 1910 auf 491 im Winter 1912. Der Bericht bemerkt aber, aus dieser Erscheinung dürfe nicht schlechtin eine erhebliche Abnahme der Kinderarbeit gefolgert werden, weil Tatsachen vorliegen, die größere Zurückhaltung der Kinder bei ihren Angaben beweisen. Dieselbe Mitteilung kehrt in mehreren anderen Berichten wieder. In Altona wurde auf Grund der Schullisten festgestellt, daß 52 Kinder von den Eltern vor dem Unterrichte mehr oder minder lange Zeit mit dem Austragen von Brot und Milch beschäftigt wurden. In einem Falle mußte ein elfjähriges Kind während der ganzen Woche, also auch Sonntags, von 3 1/2 bis 5 1/2 Uhr morgens Austragedienste verrichten; 4 Kinder wurden von 4 oder 4 1/2 Uhr ab eine Stunde lang, 13 Kinder von 5 oder 5 1/2 Uhr ab eine bis anderthalb Stunden lang und 34 Kinder von 6 oder 6 1/2 Uhr ab eine bis anderthalb Stunden beschäftigt. Von den 52 Kindern waren 32 unter 14 Jahren und 13 unter 12 Jahren. Im Nachener Bezirk wurde gegen 123 Gewerbetreibende, die fremde Kinder beschäftigten, Straf-antrag gestellt und in 131 Fällen gegen Eltern, die eigene Kinder geschwidrig beschäftigten, polizeilich vorgegangen. In der Stadt Köln wurden 248 Arbeitgeber wegen Uebertretung des Kinderschutzgesetzes bestraft.

Die Berichte der Gewerbe- und Bergbehörden haben immer wieder das förderliche Zusammenarbeiten der Schule und der Gewerbeaufsicht hervor. Erst dadurch ist es ermöglicht worden, die Fälle ungebührlicher Kinder-ausbeutung zu bestrafen und andererseits da Milde walten zu lassen, wo lediglich formale Verstöße vorliegen.

Nicht erfasst wird durch das Gesetz die landwirt-schaftliche Kinderarbeit, die nach dem einstimmigen Urteil der Lehrer und der Schulaufsichtsbeamten in vielen Fällen einen erfolgreichen Unterricht wenigstens dann unmöglich macht, wenn die Beschäftigung in den frühen Morgenstunden vor dem Schulunterrichte stattfindet.

Seiner Majestät, Herr Lokalbeamter Kogur. Vor kurzem beschloß die Filiale Neumünster des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, bei der Tuchweberei L. Simons die Ueberstunden zu verweigern, diejenigen aber, die diesem Beschluß nicht nachkommen würden, aus dem Verbanne zu werfen. Der christliche Textilarbeiterverband fürte sich natürlich nicht an diese einseitig gefassten Beschlüsse. Daraufhin ließ der Lokal-beamte des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes von Neumünster, Herr Kogur, einen Artikel in der sozialdemokratischen Kieler Volkszeitung erscheinen, in dem der christliche Verband ob seiner „Freiheit“ mit Haut und Haaren verpöbelt wurde. Ein Mitglied des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes hatte nun das Unglück, anderer Meinung als seiner Majestät, Herr Kogur, zu sein, und diesen Artikel zu Ungunsten des Verfassers zu kritisieren. Das mußte „gerochen“ werden. Die Strafe für die Vermessenheit, gegen den allgewaltigen Geschäfts-führer polemisiert zu haben, folgte dann auch auf dem Fuße.

Der Genosse wurde aus dem Verbanne ausgeschlossen und zu gleicher Zeit seines Postens als Austräger der Kieler Volkszeitung enthoben. Auf seine Frage, warum dieses letztere auch von der Zeitung des Verbandes geschehe, antwortete man ihm: Wer den Artikel in der Kieler Volkszeitung kritisiert, ist nicht mehr würdig, diese Zeitung auszutragen.

Also, ein „freier“ Gewerkschaftler hat stets die Meinung der Parteibeamten zu respektieren und zu beiseite räumen, widrigenfalls er, um im Tone der Berliner Beamtenkonferenz 1906 zu reden, „Tritte ins Kreuz“ bekommt. Auch dürfen nur „würdige“ Genossen (wie man oft sie in Rauberversammlungen sieht) die im Sauberdenton gehaltene und „wahre Volksbildung“ vermittelnde sozialdemokratische Kieler Volkszeitung aus-tragen.

Genossen als Ausbeuter. Der sozialdemokratische Konsumverein Leipzig-Blagwitz beschäftigte sich auf der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung mit dem Austragen des Frühgebäckes. Die Verwaltung beantragte, das Austragen einzustellen. Die Gründe, die hierfür angeführt wurden, sind recht bezeichnend für die auch in Genossentrieben herrschenden kapitalistischen Mäuren. Als „schwerwiegender Umstand“ für die Beseitigung des Aus-tragens wurde die Verwendung von Kindern be-zeichnet. Der Geschäftsführer Arnold führte laut Leipziger Volkszeitung aus:

„Die Umsatzzsumme für Frühgebäck beträgt über eine halbe Million Mark jährlich. Aber 20 Prozent davon haben die Austräger zu beanspruchen. Es gäbe unter den Aus-trägern einzelne, die 3000 M. jährlich verdienen, andere verdienen 20 M. wöchentlich. Die hohen Verdienste seien nur dadurch möglich, daß Kinder zum Austragen ausgebeutet würden.“

Das Aufsichtsratsmitglied Ebert trat für den Vorstands-antrag ein mit der Motivierung:

„Das Austragen der Kinder sei eine Blamage. Sei es doch schon vorgekommen, daß Schule und Polizei einschritten. Gerade der Sohn eines der (Diskussions-) Redner sei bereits morgens 3 Uhr angetroffen worden.“

Trotz dieser gravierenden Tatsachen wurde der Vor-standsantrag abgelehnt. Die auftretenden Redner, die sich alle gegen die Abschaffung des Austragens wandten, rekrutierten sich fast ausschließlich aus den Reihen der Austräger. Laut Leipziger Volkszeitung diskutierten sie in einer für die Arbeiter- und Genossenschaftsbewegung beschönenden Weise. Grobe Schmähungen wurden verübt gegen die angestellten Vorstandsmitglieder, denen wiederholt „ganz große Gemeinheit“, die Höhe ihrer Gehälter usw. vorgeworfen wurden.

Es bestätigt sich hier wieder einmal die alte Erfahrungs-tatsache, daß die Genossen dort, wo sie als Arbeitgeber auftreten, genau dieselben kapitalistischen Eigenschaften entwickeln, derentwegen sie die privatkapitalistische Pro-duktionsform bekämpfen. Theorie und Praxis sind eben zweierlei; das trifft nirgends mehr zu wie in der Sozial-demokratie.

Die Leistungen der Volksversicherungsgesell-schaften. Durch Senatsbeschluß des kaiserlichen Auf-sichtsamtes für Privatversicherung vom 20. Juni ist der „Deutschen Volksversicherung A.-G.“ der Ge-schäftsbetrieb für das deutsche Reich und die deutschen Kolonien genehmigt worden. Die Gesellschaft, auf die wir bereits mehrfach hingewiesen haben, wird nunmehr, wie wir hören, den Betrieb der Volksversicherung in Kürze aufnehmen.

Aus einer Gegenüberstellung der am meisten gebräuch-lichsten Tarifpositionen der bekannteren Volksversicherungen ergibt sich, daß die „Deutsche Volksversicherung A.-G.“ außerordentlich günstige Tarife bietet. Nach-folgend einige Beispiele dafür:

Nach Tarif I (Sterbegeldversicherung) ergibt sich, wenn man ein Eintrittsalter von 25 Jahren und 1 M. 14 tägige Prämie zugrunde legt, folgendes Verhältnis in der Höhe der zur Auszahlung gelangenden Beträge:

Prämien-zahlung	Dauer	WVG. Viktoria Friedr.	Deffentliche Wtlh.	Volks-fürsorge
15 Jahr	630	fehlt	530	470
20 "	740	"	645	560
25 "	810	"	735	630
30 "	855	"	805	680

Bei Tarif II der sogenannten Versicherung auf den Todes- oder Erlebensfall (gemischte Versicherung) ergibt sich ein ähnlich günstiges Verhältnis, wiederum an-genommen 1 M. 14 tägige Prämie und ein Eintrittsalter von 25 Jahren:

Prämien-zahlung	Dauer	WVG. Viktoria Friedr.	Deffentliche Wtlh.	Volks-fürsorge
15 Jahr	345	270	315	290
20 "	465	370	430	400
25 "	580	475	545	500
30 "	685	560	655	600

Wenn nach dieser Zusammenstellung eine Ueberlegen-heit der Tarife der „WVG.“ anscheinend nur gegenüber den privaten Gesellschaften und der Volksfürsorge vor-liegt, während bei den „Deffentlichen“ eine noch höhere Leistungsfähigkeit, wenigstens bei dem Tarif II geboten wird, so ist dazu nur zu bemerken, daß die „Deffentlichen“ nach ihren ganzen rechnerischen Grundlagen keine Dividende zu gewähren in der Lage sind, wie sie ja auch keinerlei Verpflichtung hierzu in ihren Versicherungsbedingungen übernommen haben, während die „WVG.“ von vornherein mit Dividenden an die Versicherten rechnet. Die mathematischen Grundlagen der „WVG.“ sind solche, daß sie die Endsummen der „Deffentlichen“ über-holen werden und sogar in der Lage sind, trotz ihrer hohen Anfangsversicherungssummen die Endversicherungssummen der privaten Gesellschaften trotz deren hohen Dividenden zum mindesten zu erreichen. Die „WVG.“ ist eben ein gemeinnütziges Unternehmen, welches bei einer außerordentlich günstigen Finanzgrundlage denkbar billig arbeitet und allen Gewinn fast reiflos den Ver-sicherten zuführen wird. Sie ist dadurch jeder Konkurrenz gewachsen.

Sozialdemokratische Schwindelnachrichten. Den nach zehn Wochen in musterhafter Weise geführten, und nunmehr abgebrochenen Streik der christlich-organisierten Lederarbeiter in Ahaus i. W., benutzen sozialdemokratische Blätter zu allerhand Ummächtigkeiten. Von 300 Beschäftigten sollen 120 stehen geblieben, auf Grund der Vereinbarungen, unter denen die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte, sollen eine Anzahl Streikbrecher geworden, 30 Mann dauernd ausgesperrt und bei Abbruch des Streiks von dem christlichen Führer erklärt worden sein, der Streik müsse wegen Mangel an Geldmitteln aufgehoben werden.

Von alledem ist wie immer, so auch hier, nicht das Geringste wahr. Von den einschließlichen der auf dem Büro und als Werkmeister (etwa 30) und ferner in der Nienborger Filiale (30 Personen) insgesamt etwa 300 Personen traten zunächst 180 in Streik, 26 Arbeiter von der Nienborger Fabrik traten einige Wochen früher schon in Streik, dazu kamen 29 Stepperinnen, die sich später dem Streik anschlossen, ergibt 235 am Ausstand teilnehmende und nicht 180. Von nicht wieder einzustellenden Arbeitern ist überhaupt in der Vereinbarung mit keinem Wort die Rede, vielmehr, der Fabrikant D. darf keinem der streikenden Arbeiter die Einstellung aus dem Grunde verweigern, weil er gestreikt hat. Daß übrigens bei einem zehnwöchigen Streik alles auf einmal die Arbeit wieder aufnehmen kann, ist ausgeschlossen, was auch bei hundert sozialdemokratischerseits geführten Streiks der Fall gewesen und der sozialdemokratischen Presse ganz genau bekannt ist. Total aus der Luft gegriffen ist die Behauptung von den zahlreichen christlichen Streikbrechern. Es ist im Gegenteil in dem zehnwöchigen Streik nicht ein Einziger umgefallen, im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Streiks, wo die Leute massenhaft Streikbrecher geworden sind, wie nachgewiesen werden kann.

Tatsache ist, daß gerade beim Ahaus Streik die sozialdemokratisch organisierten Lederarbeiter stehen geblieben sind und die Streikarbeit machten, was dieselben in der sozialdemokratischen Lederarbeiterzeitung zugestanden haben und was sogar die Willigung ihres Zentralvorstandes fand. Tatsache ist weiter, daß die von auswärts zugezogenen Streikbrecher laut eigenem Geständnis Sozialdemokraten waren, die sich damit brüsteten, nach Ahaus gekommen zu sein, um den Streik der Christlichen kaputt zu machen.

Und daß der Streik nicht wegen Mangel an Geld, sondern mehr wegen der sozialdemokratischen Streikbrecher abgebrochen werden mußte, dafür spricht die Tatsache, daß der Zentralverband christlicher Lederarbeiter am Jahreschluss ein Vermögen von rund 88 000 M. hatte, das sich bis zum I. Quartalschluss auf rund 100 000 steigerte. Der Streik in Ahaus kostete wöchentlich 2500 M., jedoch jedes Kind ausrechnen kann, daß wegen Mangel an Geldmitteln nicht abgebrochen werden mußte. Infolgedessen konnte der christliche Führer in der Abbruchversammlung auch gar nicht sagen, wegen Mangel an Streikmitteln müßte der Streik beendet werden. Derselbe hat vielmehr gesagt, wegen Geldmangel brauchen wir den Streik nicht zu beenden. Die Leser verstehen also ohne weiteres, daß die sozialdemokratischen Zeitungen wieder einmal kräftig gestunken und ihre Genossen gehörig angegeschwinkt haben.

Aus unserer Industrie.

Ueber den Beschäftigungsgang in der Textilindustrie im Monat Mai berichtet die sechste erschienene Juni-Nummer des Reichsarbeitsblattes:

Die Lage der Baumwollspinnerei ist in Hannover wie im Elsaß dem Vormonate gegenüber unverändert ungunstig geblieben. Auch in Bayern ist in der Baumwollspinnerei und -weberei der Beschäftigung im ganzen schlechter als zur gleichen Zeit im Vorjahr; die Spinnereien waren zwar noch genügend beschäftigt, doch litt das Geschäft unter den politischen Verhältnissen und der Einfuhr österreichischer Garne. Der Eingang neuer Aufträge läßt nach wie vor zu wünschen übrig und die Preise für neue Abchlüsse sind infolge der Erwartung einer großen Baumwollenernte gedrückt. Besonders macht sich in der Weberei die Zurückhaltung der Abnehmer bemerkbar. Aus Schlesien wird über gute Beschäftigung berichtet. Neue Abchlüsse kommen aber spärlich zustande.

Die Baumwollbunt- und -weißwebereien waren in Westfalen genügend beschäftigt, in Schlesien tritt Verschlechterung hervor.

Die Korbstoff-, Portieren- und Tischdeckenherstellung zeigt sich schlechter als im Vorjahr beschäftigt.

Die Wigognepinnerei in Sachsen weist ebenso gute Beschäftigung wie im Jahre vorher im Mai auf. Die sächsisch-thüringische Wollweberei verzehmet nur mäßigen Beschäftigung. Namentlich im Engros-geschäft hat die geringe Langlebigkeit des Vormonats an.

Die Tuchindustrie in Schlesien ist zum Teil voll in der Laufzeit mäßig beschäftigt; auch über Herabsetzung der Arbeitsdauer und Feiertagen wird hier berichtet.

In der Leinen- und Halbleinweberei Niederschlesiens ist die Lage weniger gut als im April. Die Verschlechterung wird auf den allgemeinen Rückgang in der Industrie zurückgeführt.

Die Betriebe der rheinischen Seidenindustrie haben in der Herstellung von Seidenstoffen in dem nicht zufriedenstellenden Beschäftigung eher noch eine Verschlechterung gegen den Vormonat erfahren. Der tenere Seidenhandel, die Nachwirkungen des Balkankrieges werden als Hauptgrund für die Zurückhaltung der Abnehmer angegeben.

In der Samtindustrie und Samthandherstellung hielt die Belebung des Bedarfs im allgemeinen, wenn auch nicht für alle Artikel, an. Die Mode ist hier von Einfluß. Die Beschäftigung in der Samtindustrie ist jedoch im Vergleich zum Mai des vorigen Jahres weniger gut. Der Färberstreik wirkt noch auf die Beschäftigung zurück.

In der Strickgarnherstellung ist der Mai stets der stillste Monat des Jahres. Zum Teil ist die Beschäftigung im Vergleich zum April unverändert; verschiebentlich wird von einer leichten Schwächung berichtet, die zu einer Verkürzung der Arbeitsdauer um 2 Stunden führte.

Ueber die Strick- und Wirkwarenindustrie wird aus Norddeutschland über flotten Geschäftsgang, aus Schlesien dagegen über wenig befriedigende Beschäftigung berichtet.

In Schals und Tüchern hat das Geschäft eine Verschlechterung erlitten; die Arbeiter wurden in einigen Betrieben nicht voll, sondern nur $\frac{1}{2}$ beschäftigt.

Die sächsischen und auch die bayerischen Stickereiindustrie weist schlechtere Beschäftigung als im Vormonat auf. Ein großes Angebot an Arbeitern war vorhanden, während in den Betrieben Verkürzung der Arbeitszeit eintrat und eine erhebliche Zahl von Stickmaschinen stillstand.

In der Hanfspinnerei und Bindfadefabrikation war befriedigender Geschäftsgang. In der Korbhaarpinnerei ist die Beschäftigung noch immer wenig rege, obwohl gegen den Vormonat eine Besserung eingetreten ist. Im Vergleich zum vorigen Jahre ist die Matbeschäftigung jedoch schlechter.

Die Stoffdruckerei im Elsaß wird als ungenügend beschäftigt bezeichnet. Auch in der Bleiche, Färbererei und Appretur ist zum Teil der Geschäftsgang nicht besser wie im April und schlechter als im vorigen Jahre ausgefallen. Die Türkischrotfärberei war dagegen sehr gut beschäftigt.

Die Herstellung gestopfter Puppen- und Spielzeugen ist im ganzen befriedigend beschäftigt und gegen den Vormonat wenig verändert. Der hier herrschende Arbeitermangel dauert an, und Lohnerhöhungen werden berichtet.

11 Firmen der Textilindustrie berichteten über eine Arbeiterzahl zu Ende Mai von 9824 gegen 9352 im Vorjahr, woraus sich eine Zunahme um 5,06 v. H. ergibt.

Aus der Textilindustrie berichteten 442 Betriebskrankenkassen mit 95 204 männlichen und 115 044 weiblichen Mitgliedern. Gegen diesen Bestand am 1. Mai 1913 ergab sich am 1. Juni 1913 eine Abnahme der versicherungspflichtigen männlichen Mitglieder ohne Kranke um 440 und der weiblichen Mitglieder um 752.

In der Gewerbegruppe Textilindustrie waren von 100 Mitgliedern von Fachverbänden arbeitslos:

Anzahl der Betriebe	Mitgliederzahl	Mai 1913	Mai 1912
3	191 699	0,9	0,7

Der Geschäftsgang in den Samt- und Plüschfabriken.

Das Samtgeschäft ist nach einem Bericht des „Konfektionärs“ vom 26. Juni noch immer wenig lebhaft, und obwohl ein Teil der Kundschaft ihre Samtorders gegeben hat, so nimmt man doch vielfach eine abwartende Stellung ein. Eine Ausnahme machen jedoch Hutplüsch, welche wiederum eine große Rolle spielen werden. Es sind hierin bereits ansehnliche Bestellungen gemacht worden, so daß teilweise die kleinen Kontrakte, die man im Anfang des Jahres getätigt hat, absorbiert sind. Da auch die Samtfabrikanten infolge dieser kleinen Abchlüsse seitens ihrer Kunden in Rohmaterialien bedeutend weniger wie früher kontrahiert hatten und inzwischen die Preise für Rohstoffe gestiegen sind und außerdem auch höhere Arbeitslöhne gezahlt werden müssen, sowohl für die Färberei als auch Appretur, so sahen sich die Fabrikanten veranlaßt, ihre Preise zu erhöhen. Diese Preiserhöhung, welche bei den Samtfabrikanten durch den Verband geregelt wird, ist in der letzten Versammlung beschlossen worden und ist für alle Mitglieder bindend. Man hofft jedoch, daß diese notwendig gewesene Preiserhöhung keinen wesentlichen Einfluß auf das Geschäft haben wird, da doch im allgemeinen die Mode maßgebend ist, und diese scheint in diesem Jahre, was die Hutbranche anbetrifft, für Hutplüsch sehr günstig zu sein, da, wie bereits oben gesagt, darin beträchtliche Orders eingegangen sind. Auch bei diesem Artikel hatte man zuerst abwartende Stellung eingenommen. Doch war solches wohl mehr aus praktischen Gründen, um zu sehen, ob die kleinen Hutformen, welche im Frühjahr im Gegensatz zu den früheren großen breiten Hüten getragen wurden, auch für den Winter die Herrschaft erlangen würden. Es scheint aber, daß man sehr wenig Meinung für die kleinen Formen für den Herbst hat, und so wird in der Hauptzahl der Plüsch in einer Breite von 54-55 Zentimeter bestellt. Doch sind auch Aufträge in 44-45 Zentimeter Breite gegeben worden.

Die Hauptfarben sind schwarz und weiß, doch werden auch dunkle Farben wie Braun, Laube, Gris, Rote, Blau, u. s. w. bestellt. Der Artikel wird in Baumwolle sowie auch mit Chappa-Fur als auch mit kunstseidener Fur gebracht, und werden letztere besonders bevorzugt.

In Velours façonnés werden hauptsächlich Velours Jacquard bestellt. Es sind dieses meistens große Blumenmuster auf Satinfond. Der Artikel wird sowohl in schmal als auch doppelbreit verlangt, doch ist letztere Breite bevorzugt. Schmal gestricelte Velours rayés in schonen dunklen Farbtönen wie noir-brun, noir-castor, noir-ébéque, noir-myrrte u. s. w. finden ebenfalls Anklang. Velours enfilés in dunklen Farbtönen werden auch bestellt. Es sind dieses meistens gestreifene Streifen, welche durch Pressungen abstriciert werden.

In bedruckten Samten, wie Velours panne imprimé und Velours chiffon imprimé sind schon Ausmusterungen gebracht worden, welche guten Absatz gefunden haben. Es sind sowohl kleine Blumenbestens wie auch größere Platanenfiguren. Die Farben sind im allgemeinen sehr ruhig gehalten, wenn sie auch zum Teil noch an den Kubisten- und Futuristen-Geschmack anlehnen.

Anti-Samte, sowohl schwarz als auch farbig, sind noch wenig verlangt, doch erhofft man für den Herbst noch ein größeres Geschäft, und zwar speziell in Farbig, da die herrschende Mode sehr farbenfreudig ist.

Für Kostüme werden doppelbreite Velourschiffons sowohl in Schwarz wie Farbig viel verwendet. Auch finden 80- und 10-120 Zentimeter breite Musselin-Samte in Schwarz und Farbig für Kleider und Abendmäntel gute Abnehmer.

Velours du Nord, schwarz und uni als auch Velours du Nord, gaufré, erfreuen sich großer Beliebtheit. Besonders letzteren Artikel, welcher eine Imitation von Velours Jacquard ist, hat man groß abgemustert und liegen darin ansehnliche Orders vor.

Die indische Juteernte.

Der im September 1912 veröffentlichte Schlußbericht der Regierung schätzt die Anbaufläche der Juteernte 1912 auf 3353841 Acres gegen 3106447 Acres in 1911, in Ballen 9521829 gegen 8234794 im Vorjahre. Die Ernte darf, namentlich was die Qualität betrifft, als unter dem Durchschnitt stehend betrachtet werden. Der Konsum der Calcuttaer Jutefabriken wird auf etwa 400 000 Ballen höher eingeschätzt als im Jahre 1911/12. Die Verschiffungen gestalteten sich wie folgt: 1. Juli bis 31. Dezember 1912 gesamt 3 240 663 Ballen gegen 1. Juli bis 31. Dezember 1911 gesamt 3 030 939 Ballen, wovon Deutschland 683 000 Ballen gegen 608 989 Ballen im Vorjahre bezogen hat. Der Weltkonsum außerhalb Indiens wird für 1912/13 auf etwa 4 500 000 Ballen geschätzt, was ungefähr dem Verbrauch der Calcuttaer Industrie gleichkommt.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

Greiz - Gera.

Zur Bewegung der Färbereiarbeiter. In der Nr. 23 unseres Organs veröffentlichten wir die allgemeinen Forderungen der sächsisch-thüringischen Färbereiarbeiterschaft. Zu diesen kommen noch die Forderungen der Rahmenhaus- und Pressereiarbeiter. Diese sind die folgenden:

Einheitliche Entlohnungsart für Rahmenhaus- und Pressereiarbeiter. Für Pressereiarbeiter speziell: Glatte Waren 100 Meter 34 Pfg. Einstücker und Muster werden doppelt bezahlt. Wenn Nebenarbeiten geleistet werden, sind diese mit 15% zu vergüten. Wenn Presser in Stundenlohn beschäftigt werden, ist pro Stunde mit 42 Pfg. zu bezahlen. Für Ueberstunden werden pro Stunde 45 Pfennig bezahlt. Höhere Stunden- und Akkordlöhne werden weiter bezahlt.

Am 10. und 19. Juni haben bereits Verhandlungen der „Kommission für Arbeiterfragen“ mit der Sächsisch-Thüringischen Färbereiarbeiterschaft stattgefunden. Bei diesen Verhandlungen wurden die Forderungen der Rahmenhaus- und Pressereiarbeiter durchweg abgelehnt. Für die Färbereiarbeiterschaft sind einige kleine Zugeständnisse gemacht worden. Die Verhandlungen werden fortgesetzt und erhofft die gesamte Färbereiarbeiterschaft ein weiteres Entgegenkommen der Färbereiarbeiterschaft.

Aus unseren Bezirken.

In der Textilindustrie Württembergs

nimmt die Zahl der Arbeiterinnen von Jahr zu Jahr zu. Um dieses zu beweisen, dürfen nur einige Angaben aus den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten entnommen werden. Im Jahre 1911 zählte die Textilindustrie Württembergs insgesamt 27315 Arbeiterinnen; davon waren über 21 Jahre 16450; im Alter von 21 Jahren befanden sich 10865 Arbeiterinnen; Mädchen von 14-16 Jahren wurden 5412 beschäftigt und außerdem noch 347 Mädchen unter 14 Jahren.

Der Jahresbericht von 1912 weist eine Arbeiterinnenzahl von insgesamt 27695 auf. Diese Vermehrung gegenüber 1911 tritt jedoch nur bei zwei Altersklassen zutage. Ueber 21 Jahre zählten nämlich 16636, und zwischen 16 und 21 Jahren befanden sich 11059 Arbeiterinnen. Die Zahl der 14-16jährigen Mädchen hingegen ist gesunken auf 5279, die der weiblichen Kinder auf 332.

Die zunehmende Bedeutung der Arbeiterinnen ist auch daraus ersichtlich, daß sie gegenüber den Arbeitern im wesentlichen größerem Prozentsatz beschäftigt sind. Der großen Bedeutung entsprechen jedoch keineswegs die Verhältnisse der Arbeiterinnen. Ja, man ist beinahe versucht, zu behaupten, daß die Lage der Textilarbeiterinnen eben deshalb eine wenig erfreuliche ist, weil sie in so großer Zahl vorhanden sind. Und doch liegt die Ursache tiefer: es fehlt der großen Masse der württembergischen Textilarbeiterinnen jenes Maß von Standesbewußtsein, auf Grund dessen sich die Arbeiterin von heute annehmbare Verhältnisse schaffen kann.

Einen ziemlich verlässlichen Gradmesser für die Arbeitsverhältnisse einer Industrie bieten die ermittelten Zu- und Abnahmen gegen gesetzliche Bestimmungen. Der erwähnte Jahresbericht verzeichnet nicht weniger als 99 Textilbetriebe, in welchen solche

Zu widerhandlungen ermittelt wurden. Die Zahl der Fälle ist noch weit höher. Interessant ist hier folgendes: 50 Zu widerhandlungen betrafen die Bestimmungen über Anzeigen und Aushänge in den Betrieben; 15 Fälle die Dauer der Beschäftigung, wobei 325 Arbeiterinnen in Betracht kamen. 13 Verstöße richteten sich gegen die Bestimmungen über die Mittagspause; 184 Arbeiterinnen mußten darunter leiden. Die Verstöße gegen die Beschäftigung an Sonnabenden umfassen 22 Fälle mit nicht weniger als 427 Arbeiterinnen. Sogar bei Nachtarbeit wurden 25 Arbeiterinnen in einem Falle angetroffen. Bezeichnend ist die Ermittlung von Zu widerhandlungen gegenüber der Beschäftigung von Wöchenerinnen; hier steht bei 12 Betrieben eine Zahl von 68 Wöchenerinnen, denen der gesetzlich gewährte Schutz nicht voll zuteil geworden ist. Erwähnenswert ist ferner, daß die Uebertretungen dieser Art gegen 1911 geradezu rapid zunahm. Der Bericht des Vorjahres verzeichnet nur sechs derartige Fälle, wobei sieben Arbeiterinnen in Betracht kamen.

Die gesetzlichen Bestimmungen gegen Mitgabe von Arbeit nach Hause wurden verletzt in 6 Fällen mit einer Arbeiterinnenzahl von 63. So häufig finden sich also in Württemberg Zu widerhandlungen gegen die verschiedensten gesetzlichen Bestimmungen. Eine Bestrafung erfolgt jedoch leider nur in seltenen Fällen. Im Berichtsjahre wurden zum Beispiel acht Personen bestraft. Und die Strafen umfassen Beträge von 5 bis 100 Mark — manchmal noch zu wenig bei Umgehung der wichtigen Gesetze.

Wenn man sich all dies bedenkt, muß man sich unwillkürlich fragen, daß in Betrieben, wo nicht einmal gesetzliche Bestimmungen eingehalten werden, jedenfalls noch vieles, vieles für die Arbeiterschaft zu wünschen ist. Wie aber soll diesen Wünschen Geltung verschafft werden, wo doch selbst der Gesetzgeber nicht respektiert wird?

Da dürfte es den Arbeiterinnen doch klar werden, daß nur die Organisation für die günstigere Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse eintreten kann.

Das ist den Textilarbeiterinnen Württembergs wiederholt nahe gelegt worden. Erst in den Tagen vom 6. bis 15. Juni einschließlich fanden wieder mehrere Versammlungen in diesem Bezirk statt. Es kamen folgende Orte in Betracht: Sonthheim a. N., Tüßenhäuser, Stuttgart, Eßlingen, Salach, Göttingen, Ravensburg, Wangen, Waldsee, Schöngingen, Schelllingen und Ulm a. D.

Es ist unmöglich, all die interessanten Einzelheiten dieser Versammlungen wiederzugeben. Nur das sei erwähnt, daß mehrere Arbeiterinnenvereine der Einladung zahlreich gefolgt sind und in dankenswerter Weise ihr Lokal zur Verfügung gestellt hatten.

Besonders bemerkenswert ist jedoch die Arbeiterinnenkonferenz in Ulm a. D. Dort fanden sich die Getreuen zusammen, um über die Agitation zu beraten. Und wirklich; die Kolleginnen ließen sich nicht nur Vorträge halten, sondern sie griffen selbst in die Diskussion ein. Aus jeder Ortsgruppe sprach mindestens eine Kollegin, außerdem beteiligten sich einige Arbeiterinnenvereinsmitglieder an der Diskussion. Das Resultat der Konferenz kann dahingehend zusammengefaßt werden, daß alle Teilnehmerinnen den ernststen Willen mitnahmen, in Zukunft mehr für ihren christlichen Textilarbeiterverband zu wirken. Auch wurde eine Bezirksberichterstatistik gewählt.

Den Vorsitz führte in der Konferenz die rührige Vorsteherin des Arbeiterinnenvereins Ulm. So wären denn den Textilarbeiterinnen Württembergs die Wege gewiesen; ob sie das Ziel erreichen? Hoffentlich; denn „D' Schwobamädla könnat alles, wenn's no' wand.“

F. H.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Cottbus. Dem Regierungsjubiläum des Kaisers war unsere Versammlung vom 15. Juni gemeldet. Zunächst wurden einige Vereinsangelegenheiten erledigt. Dann wurde des Regierungsjubiläums unseres Kaisers gedacht und dabei hervorgehoben, was unter der Regierung des Kaisers in den letzten 25 Jahren in unserem deutschen Vaterlande zum Wohle des Arbeiterstandes geschaffen wurde; die christlichen Gewerkschaften wissen dafür dem Kaiser Dank. Darauf hielt Kollege Sparenberg (Forst) einen Vortrag über das Thema: Kaiser — Bundesrat — Reichstag. In seinem Vortrage verglich er die Zustände in Deutschland vor der Gründung des deutschen Reiches mit den heutigen Zuständen. Er gedachte der gewaltigen Schöpfungen (See und Marine), die unserem Vaterlande den Frieden erhalten haben, erwähnte die Einrichtungen, die geschaffen wurden, um Handel und Verkehr zu heben; Erwerbung der Kolonien, Bau des Kaiser-Wilhelms-Kanals, Schutz der nationalen Arbeit und des deutschen Welthandels, Vermehrung der Absatzgebiete für deutsche Industrie, Schutz der wirtschaftlich Schwachen durch die Arbeiterschutzgesetzgebung, Regelung der Arbeitszeit für Frauen und Kinder, Sonntagsruhe für leibende, Beamtenversicherungsgesetz, bürgerliches Gesetzbuch und Reichsgewerbeordnung. Er besprach Rechte und Pflichten des Bundesrats, des Reichstags und der Einzelstaaten. Nach einer lebhaften lehrreichen Diskussion wurde ein Bericht verlesen über die Einweihung des neuen Amtshauses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften am 17. Mai d. J. Die Eröffnung dieses Hauses legt Zeugnis ab von dem Wachstum der christlichen Gewerkschaften und ihrer zunehmenden Bedeutung.

Freiburg. Als Antwort auf die öffentliche Versammlung der „Freien“ hatte unsere Ortsgruppe auf Samstag, den 21. d. M., ebenfalls eine öffentliche Versammlung anberaumt, damit die unorganisierten Kollegen und Kolleginnen Gelegenheit hätten, auch unsere Meinung über den Krefelder Streit kennen zu lernen. Obwohl der Besuch verschiedener Umstände wegen nicht den Erwartungen entsprach, hatten sich doch einige Unorganisierte eingefunden, die sichlich mit großem Interesse den Ausführungen des Bezirksleiters Kollegen Rümmele folgten. Von den „Freien“ war niemand anwesend. Allem Anscheine nach gab ihre hiesige Zeitung die Parole heraus, unserer Versammlung fern zu bleiben. Sicher fürchteten sie, die Wahrheit ahören zu müssen, und waren zu feige (wenigstens teilweise) dieselbe einzugehen. Wissen wir doch, daß geradezu unsumme Meinungen über unsere Bewegung in den Köpfen der hiesigen Färbereiarbeiter spucken, verrückte Ideen, in die sie hoffnungslos verannt sind. Wir hoffen aber bestimmt, daß wir ihnen

durch schlagende Beweise in nicht allzuferner Zeit gründlich den Kopf waschen.

„Der Krefelder Färbereistreit und seine Begleiterscheinungen“ waren das Thema des Vortrages unseres Bezirksleiters Kollegen Rümmele. Er skizzierte zunächst eingehend den Gang der Krefelder Bewegung und die Stellung unseres Verbandes, um sodann ausführlich den Streit in Basel-Sünningen vom Standpunkte gewerkschaftlicher Vernunft und Taktik zu beleuchten. Seine einfachen, den Stempel der Wahrheit und scharfer Logik tragenden Ausführungen bewiesen, daß der „freie“ Verband mit den Arbeiterinteressen in einer geradezu gefährlichen, und den einfachsten vernünftigen Voraussetzungen Hohn sprechenden Art und Weise spielt, daß es ihm vor allem darum zu tun ist, den Klassenkampf zu schüren und dabei parteipolitische Geschäfte zu machen.

Auch die Baseler Bewegung wird, wie so manche, „mit bombastischem Wortschwall“ (um mit dem Text.-Vrb. zu reden) von dem „freien“ Verband eingeleitete Bewegung, im Sande verlaufen, natürlich zum Schaden der beteiligten Arbeiter.

Es ist eine lächerliche, sonderbare Tatsache, anscheinend das „Risikot“ des „freien“ Verbandes, bei jeder größeren Bewegung blindlings mit dem Kopf durch die Wand zu rennen und nachher noch verwundert zu fragen, wo es geirrt hat.

Die Schuld an diesem Verhängnis tragen natürlich gewöhnlich die „verräterischen Christen“. Lächerlich ist auch die „verschämte Entrüstung“ über den angeblichen Terror der Polizei. Man sucht sich auf jede Art reinzuwaschen, obwohl doch jeder Mensch mit gesundem Sinn sagen muß, daß bei solchen verrückten Bewegungen, bei denen der blinde Fanatismus bis zur Siebtheit gesteigert wird, einzig und allein die Verbandsleitung die Schuld trifft, wenn so, wie in Basel, die Polizei zum Einschreiten gezwungen wird.

Lebhafter Beifall lohnte die Ausführungen des Kollegen Rümmele. Die recht lebhafteste Diskussion zeigte, daß nur durch eine reine, starke christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie gehoben wird. Besonders Kollege Heinrich vom Bauarbeiterverband machte einige recht interessante Bemerkungen über seine Erfahrungen. Er zeigte, daß durch dieses Verhalten des „freien“ Verbandes die Interessen der Textilarbeiter zertreten werden, daß überhaupt dadurch der Fortbestand der ehrlichen deutschen Gewerkschaftsbewegung gefährdet, zum mindesten recht erschwert und gehemmt wird, was sich ganz besonders auch auf dem Gebiete der Tarifbewegung zeigt.

Zum Schluß der Versammlung wurde noch ein kräftiger Appell an die Unorganisierten gerichtet, dessen Resultat einige Beitritte waren. Wenn die Versammlung auch nicht gut besucht war, so hatten wir doch einen schönen moralischen und auch praktischen Erfolg erzielt, den nur der zu schätzen weiß, der die hiesigen Verhältnisse kennt. Wir sind zufrieden, umso mehr, als der „freie“ Verband gänzlich erzielte. Es hat sich gezeigt, daß wir trotz vieler kleinlichen Vorurteile und Geminnisse bei richtiger, energischer, ausdauernder Arbeit recht wohl in der Lage sind, in die Arbeiterschaft einzudringen, ihr Vertrauen zu gewinnen und auch erfolgreich an der Verbesserung der Lage der hiesigen Arbeiter zu arbeiten vermögen, wenn es gelingt, sie in unsere Versammlungen zu bringen. Dem „freien“ Verband bleibt dieses Ziel zum Glück der Freiburger Textilarbeiter verschlossen.

Darum ihr Kollegen und Kolleginnen! Auf zur Arbeit! Verberzigt das Gehörte, denkt darüber nach und setzt es auch um in die Tat; denn nur dann hat die Organisation für die Mitglieder den vollen Wert, wenn jedes Mitglied sich auch seiner Pflicht bewußt ist, mitzuarbeiten an der Gewinnung neuer Mitglieder und sich nicht nur damit begnügt, seine Beiträge zu entrichten. Also wollen wir in Zukunft treu und fest zusammenhalten gemäß dem schönen Grundfah: Alle für Einen, Einer für Alle.

Hils. Die tapferen „Hirschelein“. Am 15. Juni sollte der Hirsch-Dunderscher Verband in einer öffentlichen Versammlung seine Stellung zum Färbereistreit darlegen. Der Verband soll in Krefeld etwa 30 Mitglieder haben, die Färbereiarbeiter sind. In der Versammlung, die bei Walden stattfand, waren zum großen Teil Auswärtige aus Krefeld, Uerdingen, Biersen u. a. Orten vertreten. Auch von sozialdemokratischer Seite war eine ansehnliche Zahl erschienen, darunter mehrere Beamte und sonstige führende Personen dieser Richtung. Die Hirsch-Dunderschen hatten ebenfalls eine ganze Anzahl Beamten und Mitglieder von auswärts zugezogen. Es waren an Beamten vertreten, Reichelt Spremberg, Weber-M.-Glabach, Adeling-Duisburg, Ingenhof-Düsseldorf und Sanders-Köln. Außerdem hatten sie mehrere Vorstandsmitglieder aus verschiedenen Orten zugezogen. Vom christlichen Verband waren in der Versammlung zwei Beamte und einige örtliche Vorstandsmitglieder und Mitglieder anwesend. Die Versammlung war eingeladen vom Ortsverein Hils des Hirsch-Dunderschen Verbandes. Referent sollte sein der Beamte Anton Weber-M.-Glabach. Es wurde jedoch anders verfahren als im Programm bekannt gemacht worden war. Der Ortsvereinsvorstand wurde ersetzt durch Anton Weber und anstelle Weber mußte Reichelt-Spremberg das Referat übernehmen. Letzterer behandelte in einem halbstündigen Referat die Färbereibewegung und ihre Begleiterscheinungen. Eine klare unabweidende Stellungnahme kam dabei nicht zum Ausdruck. Reichelt betonte vielmehr zu verschiedenen Malen, daß die Hirsch-Dunderschen eine neutrale Stellung zu der Bewegung einnehmen. Das ist ja erklärlich, denn die Hirsch-Dunderschen wollen ja nur im Krüben fischen und Mitglieder suchen. Es ist das keine beneidenswerte Rolle, die hier gespielt wird. Interessant war die Feststellung Reichelts, daß auch er den Standpunkt teile, daß bei den bereits gemachten Zugeständnissen der Arbeitgeber nicht viel mehr durch ein Weiterführen der Bewegung hätte erreicht werden können. Aus dieser Tatsache aber nun die Konsequenzen zu ziehen, brachte Reichelt nicht fertig. Er meinte vielmehr, daß der christliche Verband hätte weiterstreifen müssen. Den Hirsch-Dunderschen geht also die „Solidarität“ selbst wenn es keine ist, vor jeden vernünftigen gewerkschaftlichen Standpunkt. Genau denselben Standpunkt haben ja auch die Sozialdemokraten vertreten. Interessant für die Stellung der Hirsch-Dunderschen ist die Tatsache, daß ein Teil seiner etwa 30 Mitglieder die Arbeit aufgenommen hat und der andere ruhig weiter streift. Ein solches Durcheinander kann auch nur bei den Hirsch-Dunderschen vorkommen. Die anwesenden Sozialdemokraten hatten ihre helle Freude an ihren Hirsch-Dunderschen Freunden. Sie kamen diesen denn auch in der Diskussion kräftig zu Hilfe, ein Unterscheid zwischen Hirsch-Dunderschen und Sozis war nicht mehr zu finden. In den Armen lagen sich beide und lachten und winkten vor Freunden. Wer alles Bemühen, den christlichen Verband herunter zu machen, half ihnen nichts. Die anwesenden Mitglieder des christlichen Verbandes haben aus der Versammlung vielmehr erst recht gelernt, daß der Standpunkt ihres Verbandes der einzig richtige gewesen ist. Die von auswärts zugezogenen Genossen und Hirsch-Dunderschen

jagen denn auch mit betrübten Gesichtern nach Hause. Die Versammlung hat für sie kein Resultat gezeitigt.

Mühlhausen (Elsaß). Unter dem Titel Wirtschaftsgeschichte der Baumwoll-Industrie im Elsaß ist von Robert Levy ein interessantes Buch erschienen, das von der Mühlhäuser Industriellen Gesellschaft mit dem Engel-Dollfus-Preis ausgezeichnet worden ist. Daraus entnehmen wir folgende Auszüge, womit aber nur ein Bruchteil seines umfangreichen Inhalts skizziert ist:

Im 13. Jahrhundert findet man eine erste Erwähnung des Textilgewerbes in Straßburg, im 14. Jahrhundert war die Verfertigung von Leinen- und Wollwaren über das ganze Elsaß verbreitet, teils in kleinen Werkstätten der Webermeister für den Verkauf am Ort, teils als Hausindustrie für Rechnung eines Kapitalisten nach auswärts. Baumwollwaren kamen zunächst nur als Handelsobjekt vor, in der „Alten Kaufhausordnung“ von Straßburg aus 1401 find Ballen Baumwollwaren angeführt, die von den Lombarden über Straßburg befördert wurden. Die Entwicklung dieses Handels veranlaßte aber bald die Herstellung von Baumwollzeug in einigen Bezirken; der Hauptbezirk wurde bald Straßburg, wo in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts die Behörden die Spinnerei, Weberei und den Handel von Baumwollwaren „Mühlhäuser und Nacherer Fajson“ zu fördern suchten, damit die Armen Beschäftigung erhalten und nicht der öffentlichen Unterstützung anheimfallen. Der Auf dieser Baumwollwaren war bald derart, daß von auswärts solche nach Straßburg zum Färben gesandt wurden, um dann als Straßburger Ware weiterverkauft zu werden. Das wurde dann aber in der Stadfordnung von 1594 verboten.

In der Form des Großgewerbes, den Manufakturen ging die Zeugdruckerei der Spinnerei und Weberei voraus. Der erste Versuch einer Baumwollmanufaktur im Elsaß erfolgte 1743 in Colmar; die kleine Chronik der Stadt Colmar berichtet hierüber: „Ward in Herrn Michélets Haus eine Baumwollfabrik errichtet; ging aber 1745 wieder ein, weil die Kornleuzunft (Müller) wegen dem Landwasser, das sie mit ihren Farben verderbt, einen Prozeß geführt und gewonnen haben.“ Zu derselben Zeit, als dieses Unternehmen geschlossen wurde, ist in der freien Stadt Mühlhausen die berühmte Fabrik Köchlin, Schmalzer u. Co., der Anfang der Baumwoll-Industrie im Elsaß, errichtet worden. Es mußten dafür fremde, geübte Arbeiter aus der Schweiz, aus Schwaben und Franken herangezogen werden, auch die Kapitalisten kamen aus der Schweiz. Köchlin und Schmalzer, zwei Mühlhäuser mit wenig Vermögen, errichteten die erste Fabrik, mit Kapitalien, die sie zu 5 und 6 Prozent in Basel erhielten. Von 1811 ab wurden die Firmen Nicolas Köchlin, Daniel Schlumberger, Vetter-Chierry u. Großmann, Risler Köchlin u. Cie., Dollfus Mieg u. Cie. durch reiche Basler Häuser kommanditiert, wie Merian, Sarrazin, La Roche usw. Köchlin, Schmalzer u. Cie. erhielten überdies von dem Magistrat ein Kapital von 15000 Livres zum Zinsfuß von 4 Prozent, auch Hoyer u. Cie. erhielten einige Jahre später ein solches Darlehen. Der Magistrat bewilligte überdies allen neuen Unternehmen während 40 Jahren fiskalische Privilegien, wie Zoll- und Steuerfreiheit. „Was über die H. Gebrüder Köchlin anbelangt, obson diese Herren eine neue Societät errichtet, denen kann diese Freiheit nicht bewilligt werden, weil der ältere H. Sohn mit dem H. Vater sel. schon in Societät gestanden, und Sie eine schon errichtete alte Fabriken übernehmen.“

Diesen neuen Unternehmen standen die alten, einflußreichen Zünfte der Woll- und Leinenweber ablehnend gegenüber, besonders auch „weil sie ihnen ihre Arbeiter sowohl Wollen- als Leinenspinner entziehen, ohne die ihre großen Handwerker doch ohnmöglich bestehen können und weil niemand mehr werde Leinen oder Wollen, sondern lieber Baumwollen spinnen, als da sie größeren Lohn haben.“ Da hingegen die Interessenten der neuen Fabriken deklarieren, daß sie ihre Spinnerei nur im Distrikt Basel, nur über Rhein, im Mompelgardischen, in dem Massmünsterer und St. Amarin Thal treiben, so find ihnen diese Fabriken unter diesen Bedingungen auf eine Prob hin gestattet.“

Diese Maßnahmen hatten zur Folge, daß von etwa 1755 an, die Hausindustrie von diesen Fabriken über ganz Elsaß verbreitet wurde, gegen das 19. Jahrhundert bis in das obere Breuschtal wo dann 1826 in Fouday die erste Spinnerei gebaut worden ist.

Außerhalb Mühlhausens war es der französische Intendant vom Elsaß, der die Manufakturen förderte, aber auch nur den ersten Fabriken die Vergünstigungen einer privilegierten Manufaktur erteilte. Diese Privilegien bestanden vor allem in einem Monopol, das die Errichtung einer weiteren Fabrik im Bezirk ausschloß. So untersagte ein Patent von 1776 die Errichtung jeder neuen Fabrik auf eine Entfernung von drei Stunden von der privilegierten Manufaktur in Rogelbach und verhinderte damit J. U. Hausmann in der Nähe seiner Brüder eine Konkurrenz zu gründen. Ein Erlaß von 1789 sagt: „Seine Majestät verbietet jedem Unternehmer die Errichtung einer Manufaktur in dem Bezirk, bei Androhung von Demolierung und vollständigen Schadenersatz.“ Diese weitgehenden Monopole für einzelne Unternehmer bildeten in der Tat einen ungeheuren Eingriff in die industrielle Entwicklung. Eine andere Ungleichheit war das Reglement für Fabrication von Baumwollgeweben, enthaltend 22 Artikel mit einer Einteilung in 11 Gewebarten, für deren jede die Länge, sowohl die Zahl und Qualität der Fäden festgesetzt war. Das bildete ein durch seine Komplexiertheit unauflösbares Geseß, jedoch die königlichen Behörden auf seine Durchführung tatsächlich verzichteten, trotzdem es über 20 Jahre zu Recht bestand.

Die außerordentliche Entwicklung gerade in Mühlhausen ist zum Teil auf die ehemalige Sonderstellung als freie Republik zurückzuführen. Mühlhausen war mit der Schweiz verbündet und galt als neutrales Gebiet, Vorteile für die wirtschaftliche Entwicklung, die verschwunden sind, als Mühlhausen mit Frankreich vereinigt wurde. Ueber die Lage innerhalb des französischen Wirtschaftsgebietes schreibt Emil Dollfus 1854 in einem Rapport an den Präfekten: „An der äußersten Grenze gelegen, mit der denkbar größten Entfernung von den Anknüpfungspunkten des Hochstoffes, fern von dem großen Marke von Paris, erschien der Bezirk Oberheim nicht dazu berufen, eines der wichtigsten französischen Industriegebiete zu werden.“ Demgemäß waren die Kanäle und Eisenbahnen der Entwicklung Mühlhausens besonders dienlich. Ein wichtiger Grund zu der bedeutenden Entwicklung liegt in der Baumwollindustrie selbst. Baumwollwaren waren immer ein Gegenstand großer Nachfrage, nicht nur von seiten der reichen Leute, die teure Gewebe verwenden, sondern auch von den Massen der kleinen Leute, die Baumwollwaren bevorzugen. Baumwollwaren hatten deshalb einen fortgesetzten steigenden Konsum. Ein weiterer Anlaß zu der blühenden Entwicklung der elsaßischen Industrie war das Aufkommen der Maschinenerei und der mechanischen Webstühle am Anfang des 19. Jahrhunderts und

deren überaus rasche Einführung, wie dies in den Spindeln und Webstuhl-Riffen zum Ausdruck kommt.

Die Verteilung der Baumwollindustrie in den Vogesen ist mitverantwortlich durch die dortigen Wasserkraft, sowie die dort vorhandene Arbeiterschaft. Die elässische Baumwollindustrie arbeitete 1907 mit etwa 12000 PS. Dampfkraft, ungenutzt der elektrischen Motore. Die Ausnutzung der weissen Kohle steht im Mittelpunkt des Interesses. Bei Gelegenheit einer Enquete hat Frh. Kochlin 1880 erklärt: „Die Wasserkraften sind nicht immer so vorteilhaft, als man annimmt, infolge ihrer Abgelegtheit, der großen Kosten, die ihre Einrichtung fordert und infolge ihrer Unregelmäßigkeit. Wenn ich ein neues Unternehmen zu schaffen hätte, würde ich es vielmehr in Mülhausen tun, statt in den Vogesen, weil da die Transportverhältnisse besser sind.“ Auch die Arbeiterschaft Mülhausens erhält in diesem Urteil ein besonderes Lob wegen ihrer Geschicklichkeit und ihres Fleisses.

Ronsdorf. Man schreibt uns: Schon mehrfach wurde durch kurze Berichte in den Tageszeitungen auf die für Mitte nächsten Jahres geplante Ausstellung des „Vereins ehem. Textilfachschüler Ronsdorf“ in Verbindung mit der preussischen Wandwirtschafschule hier selbst hingewiesen. Umher einigen Unrichtigkeiten, welche bei der Berichterstattung mit unterlaufen waren, wurde dann auch in einzelnen Teilen den wirtlichen Tatsachen vorausgeseilt. Durch diese Momente veranlaßt, beschloß der Präsausschuß der Ausstellungs-Kommission, um für die Zukunft eine authentische und einheitliche Berichterstattung zu schaffen, fortan in entsprechenden Zeitabständen der Öffentlichkeit an dieser Stelle über den jeweiligen Stand der Angelegenheit zu berichten. Nun hält es der Präsausschuß für an der Zeit, die ganze Entwicklung dieses Planes zunächst einmal ausführlicher zu behandeln. Nachdem schon lange der Gedanke, gelegentlich des jährlichen Bestehens des Vereins und einer fünfzehnjährigen segensreichen Tätigkeit der vorerwähnten Schule den augenblicklichen Stand unserer bergischen Wandindustrie in einer umfassenden Weise vorzuführen bestanden hatte, und die im stillen mit den am meisten interessierten Kreisen gepflogenen Verhandlungen zu der Feststellung führten, daß eine derartige, auf historischer Grundlage gestellte Ausstellung wohl auf tatkräftige Unterstützung, nicht nur der Industrie-Kreise, sondern auch der Behörden werde rechnen können, wurde ungefümt mit den nötigen Vorarbeiten begonnen. Aber noch galt es manche Schwierigkeit zu beheben, manches Bedenken zu zerstreuen, bis der plötzlich auftauchende Plan einer Oberfelder Gewerbeausstellung unserem Unternehmen zu rascher Förderung verhalf. Wurde doch gehofft, den geschichtlichen Teil unseres Unternehmens später als ein geschlossenes Ganze auf der Oberfelder Ausstellung vermerken zu können. Als das Oberfelder Projekt für 1914 fallen gelassen wurde, waren aber die Vorarbeiten soweit gediehen, daß der vorläufige Ausschub dieses Planes demnächst nicht mehr scheitern konnte. So konnte denn seitens unseres Vereins mit dem Werk begonnen und die Mitglieder für die einzelnen Spezialgebiete bestimmten Kommissionen gewählt werden, welche der letzten Versammlung auch bereits von den vorgenannten Arbeiten berichteten. Leider hat sich eine gebegte Befürchtung schon im vollen Umfange durch die Arbeit der Kommissionen bestätigt gefunden, zu vieles geschichtliche Material ist durch die in den letzten Jahren erfolgte Umwälzung in der Wandindustrie der Vernichtung anbeigefallen, fast alle Dokumente der Vergangenheit und besonders gerade auf maschinellen Gebiete haben in den letzten Jahren als nutzlos und hinderlich ein „feuerliches“ Ende genommen. Das Wenige aber, was noch vorhanden ist, zu sammeln; manches längst vergessene wieder ans Licht zu schaffen, um den Entwicklungsengang unserer Industrie von den primitivsten Anfängen bis zu unserer heutigen technischen Höhe zur Schon bringen zu können, muß aber jetzt die Arbeit unseres Vereins tun.

Ja, einmal zu zeigen, was die Industrie jetzt ist und was sie jeweilig ihrer Zeit war, die Zeugen und Ueberreste des Gewerbeslebens unserer Vorfahren wieder aufzubauen, um uns und kommende Generationen an die Tatkraft zu gemahnen, daß die Zeit nie stille steht, wahrlich ein Gedanke, den zur Ausführung zu bringen, wohl eine ganze Anstrengung und die tatkräftige Unterstützung aller interessierten Kreise wert ist.

Und daß wir bei unserem Werk neben der Unterstützung der Industriekreise auch auf diejenige der Behörden werden rechnen können, mag schon aus der Tatsache erhellen, daß, wie bereits bekannt geworden, der Ehrenbürger der Städte des Kreises Lempe, Herr Oberregierungsrat Königs-Düffelhorst das Protokollrat, Herr Landrat Dr. Henzen-Lempe den Vorsitz im Ehrenausschuß übernommen haben.

Aber nicht nur an alle Mitglieder und direkt interessierten Kreise richten wir die Bitte um tatkräftige Unterstützung zur Förderung des Unternehmens, sondern an alle Kreise der Bürgererschaft des bergischen Landes und nieder-rheinischen Industriegebietes lassen wir hiermit einen herzlichen

Aufruf

ergehen, um die Kommissionen, namentlich für Wandstühle, Hülfegerätschaften und Muster in ihrer schwierigen Arbeit zu unterstützen und ganz besonders in der Beschaffung solcher Dokumente, welche einen unverwundbaren historischen Charakter haben. Mitteilungen hierüber wolle man gefl. an die Vorsitzenden des Vereins Herrn Herrn. Decker-Ronsdorf oder an die Direktion der preussischen Wandwirtschafschule gelangen lassen. Dr. Präsausschuß.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Arbeitervertretertag in M. Gladbach. Am 13. Juli, nachmittags 3 Uhr findet in M. Gladbach im Saale des Hotel Oberpacht (am Markt) ein Arbeitervertretertag statt. Die Tagung hat den Zweck, die Arbeitervertreter in den Krankenkassen, den Versicherungsämtern usw. in die Neuerungen der Reichsversicherungsordnung einzuführen.

Zu der Tagung sind außer den Arbeitervertretern auch die Vorstände der Arbeitervereine und Gewerkschaftsgruppen sowie alle sozial interessierten Arbeiter eingeladen.

Zunahme der industriellen Frauarbeit in Deutschland. Nach den Veröffentlichungen der Krankenkassen für das deutsche Reich, die das Arbeitskräfteamt enthält wird die ständige Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte durch die neuesten Ziffern bestätigt. Es waren in allen Krankenkassen Deutschlands am 1. Februar 1913 um 18548 Frauen mehr und um 10313 Männer weniger angemeldet, als am 1. Februar 1912. Nach der Art der Krankenkassen geordnet, ist die größte Zunahme der Frauen in den Betriebskrankenkassen der Textilindustrie zu verzeichnen, wo seit dem 1. Februar 1912 um 786 Frauen mehr angemeldet wurden. Dann folgen die Nahrungsmittelindustrien mit 271, die elektrische Industrie mit 159, und die Bekleidungsindustrie mit 70 Frauen. Größer als bei den Betriebskrankenkassen nahm die Zahl der versicherten Frauen bei den Innungskrankenkassen zu, wo in der Bekleidungsindustrie allein 2200 Frauen mehr angemeldet worden sind.

Deutschlands Handel mit den außereuropäischen Ländern 1912. Von der Steigerung des Wertes des deutschen Gesamthandels ist der Handel mit fremden Erdteilen ziemlich gleichmäßig ergriffen worden. Die Einfuhr aus Amerika ist von 2462,2 auf 2886,5, diejenige aus Asien von 856,0 auf 1006,4, aus Afrika von 416,7 auf 478,6, aus Australien von 273,1 auf 304,2 Mill. M. angewachsen. Die Ausfuhr hob sich nach Amerika von 1361,9 auf 1496,4, nach Asien 383,5 auf 420,2, nach Australien von 91,6 auf 99,9 Mill. M. und ging nur nach Afrika von 187,9 auf 185,3 Mill. M. zurück.

Unter den Ländern des amerikanischen Kontinents stehen nach wie vor in Ausfuhr und Einfuhr die Vereinigten Staaten an erster Stelle. Die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten ist erneut von 1343,4 auf 1586,2 Millionen M. emporgeschwollen, während die Ausfuhr wenigstens eine Steigerung von 639,8 auf 697,6 Mill. Mark erfahren hat. Im Handelsverkehr zwischen Deutschland und Argentinien ist infolgedessen eine Verschiebung eingetreten, als die Ausfuhr einen Rückgang von 255,9 auf 239,4, die Einfuhr dagegen eine Steigerung von 369,9 auf 444,9 Mill. M. aufweist. Der Handel mit Brasilien zeigt die umgekehrte Entwicklung: die Einfuhr ist von 320,0 auf 313,3 gesunken, die Ausfuhr von 152,0 auf 192,8 Mill. M. angewachsen. In Ein- und Ausfuhr erheblich zugenommen hat der Handel mit Chile: es bezog für 112,0 gegen 85,4 Mill. Mark Waren und lieferte solche im Werte von 209,7 gegen 158,4 Mill. M. nach Deutschland. Von den kleineren Republiken steigerten die Einfuhr nach Deutschland Bolivien von 36,6 auf 38,3, Ecuador von 12,1 auf 15,8, Guatemala von 27,2 auf 31,6, Mexiko von 31,0 auf 35,5, Uruguay von 35,4 auf 50,3, dagegen nicht Peru, das nur Waren im Werte von 13,5 (20,6) Mill. M. nach Deutschland lieferte. Unsere Ausfuhr nach diesen Ländern hat nur zum Teil zugenommen, eine bemerkenswerte Steigerung hat bei keinem Lande stattgefunden. Interessant ist, daß die Einfuhr aus Kanada jetzt schon 58,1, die Ausfuhr dorthin 54,3 Mill. M. erreicht hat.

Bei den für die Länder Asiens mitgeteilten Zahlen fällt auf, daß die Einfuhr aus Britisch-Indien von 440,3 auf 533,3 aus Niederländisch-Indien von 184,4 auf 214,9 aus China von 103,3 auf 115,3 aus Japan von 37,6 auf 43,1, aus Persien von 9,5 auf 15,6, von den Philippinen von 5,0 auf 9,4 Mill. M. gestiegen ist. Auch die Ausfuhr hob sich zum großen Teile, so nach Britisch-Indien von 99,5 auf 107,5, nach China von 71,8 auf 81,7, nach Niederländisch-Indien von 61,1 auf 74,6 Mill. Mark, nach Japan ging sie allerdings von 112,6 auf 110,6 Mill. M. zurück.

Unter den Einfuhrländern Afrikas stehen Britisch-Westafrika, Ägypten und Britisch-Südafrika wie immer an erster Stelle. Aus allen drei Ländern hat die Einfuhr auch ziemlich erheblich zugenommen: von 106,9 auf 118,6 bezw. von 99,5 auf 111,7 bezw. von 55,9 auf 67,2 Mill. M. Die Einfuhr aus Belgisch-Kongo sank erneut von 16,5 auf 15,8 bezw. stieg diejenige aus Marokko von 12,5 auf 19,1 und aus Algerien von 25,9 auf 31,5 Mill. M. Die Ausfuhr ging fast durchweg zurück, nur nach Marokko, Belgisch-Kongo, Britisch-Westafrika, Algerien, Tunis und Belgisch-Kongo nahm sie in geringem Maße zu.

Die Einfuhr aus und die Ausfuhr nach Australien ging bezw. zum fast ausschließlich aus und nach dem Gebiete des Australischen Bundes, das Waren im Werte von 276,7 (248,2) Mill. M. nach Deutschland lieferte und für 87,6 (79,7) Mill. M. Waren aus Deutschland bezog. Von den Inseln Australiens kommt eigentlich nur Neuseeland noch für Deutschlands Handel in Betracht, da es wenigstens für 8,9 (7,1) Mill. M. ein- und für 8,9 (8,7) Millionen M. ausfuhrte.

Berichtigung.

In dem Artikel „Das letzte Aufgebot“ in der letzten Nummer unserer Zeitung sind einige Namen falsch angegeben. Der Geschäftsführer des sozialdemokratischen Verbandes, von dem mehrfach die Rede ist, heißt Strauß und nicht Stanz, und die Danziger Frau heißt Kaufmann-Perzog und nicht Paulen-Perzog.

Versammlungskalender.

- Stombacherbach. 13. Juli, 2 Uhr, bei G. Schneider, Saale, Generalversammlung.
Betttrath. 12. Juli, 9 Uhr, bei Rudolf Geratz, Quartalsversammlung.
Achenbach. 20. Juli, 9 1/2 Uhr, bei Döcker.
Rheol. 20. Juli, 11 Uhr, in der Bürgergesellschaft (Schulsaal).

- Schaag. 6. Juli, 10 1/2 Uhr, bei Leo Bohmikel, Generalversammlung.
Schwelm. 5. Juli, 8 1/2 Uhr, bei W. Wiese, Bahnhofstr. 70.
Schüllbrunn (bad. Albtal). 9. Juli, 8 Uhr, im Lokal „Grüner Baum“.
Waldhausen. 12. Juli, 1/2 9 Uhr, bei Johann von der Burg, Quartalsversammlung.
Walheim. 13. Juli, nachm. 6 Uhr, bei Jakob Krott (am Bahnhof) Generalversammlung.
Wietrath. 13. Juli, bei Pat. Frenzen, Gewerkschaftsfezt.

Zentralverband christlich-nationaler Textilarbeiter Deutschland. Ortsgruppe Forst (Lausitz).

Ab 1. Juli 1913 befindet sich die Geschäftsstelle nicht mehr Am Haag 8, sondern Rothringstraße 7, Parterre.

Kartellsekretär

für das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften Bochum-Gelsenkirchen gesucht. Reflektiert wird nur auf erste Kraft, die mit allen Fragen auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung vertraut, wie agitatorisch längere Zeit erfolgreich in der christlichen Gewerkschaftsbewegung mitgearbeitet hat. Bewerbungen, denen ein kurzer Lebenslauf, sowie ein Aufsatz über die Tätigkeit eines Kartellbeamten beigefügt sein müssen, sind unter der Bezeichnung K. B. an den Kartellsekretär Ludwig Witz, Wattencheid (Weiß), Oststraße 32, bis zum 4. Juli einzusenden.

Literarisches.

Unsere Kleidung. Von Dipl. Ing. Gustav Endres. Mit Abbildungen. Broch. 40 Pfg., geb. 65 Pfg., für Mitglieder der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft broch. 36 Pfg., geb. 61 Pfg. (Thomas Volkstbücherei Nr. 96/97) Theob. Thomas Verlag, Leipzig, Königstr. 3.

Das Bändchen will Antwort geben auf die Fragen: Aus welchem Material fertigen wir unsere Kleidung? Welche Bearbeitung erfährt die Rohfaser, bis sie die hierfür nötige Form hat? Welche Anforderung stellt die Hygiene an die Kleidung? Der Beantwortung der beiden ersten Fragen ist der größere Teil des Bändchens gewidmet. Eingehend werden die wichtigeren Faserstoffe beschrieben und der Weg verfolgt, auf dem schließlich die Rohfaser zum fertigen Zeug wird. Die Unterschiede, die zwischen den verschiedenen Fasern bestehen, sind besonders hervorgehoben und überall, wo hierdurch bei der weiteren Behandlung eine verschiedene Art der Bearbeitung nötig wird, ist dies ausgeführt. Der Lederbereitung ist ein besonderes Kapitel gewidmet. In dem Abschnitt „Hygiene der Kleidung“ werden zunächst die Grundlagen erörtert, aus denen sich die hygienischen Anforderungen, die an die Kleidung zu stellen sind, ableiten; die Nutzenwendung in der Praxis bildet den zweiten Teil. — Ein kurzer Abschnitt über die Fußbekleidung bildet den Abschluß.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Das sozialdemokratische Verbrechen an der Krefelder Arbeiterschaft. — Zum Abschied eines alten Verbandsführers. — Zur Ausperrung im Bocholter Textilindustriebezirk. — Der erste Kongress des Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen. — Die Volksversicherung. — Feuilleton: Nationales Weben von Satinfetten. — Allgemeine Rundschau: Der Verband. — Wo stecken die Gefinnungslumpen? — Vom Splitter und Kallen. — Müssen Arbeitersekretäre als Rechtsvertreter an den Versicherungs- und Oberverwaltungsämtern zugelassen werden? — Erfolge gewerkschaftlicher Arbeit. — Evangelische Arbeiter und christliche Gewerkschaften. — Zur Nachahmung bringend empfohlen. — Die Kinderarbeit nach den preussischen Gewerbeinspektionsberichten. — Seiner Majestät, Herr Sozialbeamter Rogur. — Genossen als Ausbeuter. — Die Leistungen der Volksversicherungsgesellschaften. — Sozialdemokratische Schwindelnachrichten. — Aus unserer Industrie: Ueber den Beschäftigungsgang in der Textilindustrie. — Der Geschäftsgang in den Saal- und Mischfabriken. — Die indische Juteernte. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsfreistellungen: Greiz — Gera. — Aus unseren Bezirken: In der Textilindustrie Württembergs. — Berichte aus den Ortsgruppen: Cottbus. — Freiburg. — Güll. — Mülhausen. — Ronsdorf. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Arbeitervertretertag in M. Gladbach. — Zunahme der industriellen Frauarbeit in Deutschland. — Deutschlands Handel mit den außereuropäischen Ländern 1912. — Berichtigung. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Literarisches.

Mitglieder, agitiert für den Verband!